

STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS

NR 78 8/1997



Gedenkstätten Rundbrief

Berichte

- 1 Die Arbeitslager für den Zwangseinsatz
deutscher und nichtdeutscher Juden im Dritten Reich
Einleitung und 1. Kapitel
von Wolf Gruner
- 18 »Vom Namen zur Nummer«. Eine Schülersausstellung
zum Einlieferungsprozeß in Konzentrationslager
von Antje Ahrends, Antje Burat und Julia Vehmeyer
- 26 Arbeitsgemeinschaft Spurensuche in der Südharzregion gegründet
- 27 Haus des Eigensinns
von Rene Talbot
- Infos, News
- 32 Veranstaltungshinweise
- 34 Ausstellungen
- 35 Täter in Auschwitz
- 37 Arbeiten zum Thema Verfolgung und Deportation und
eine Rauminstallation zum Thema Bücherverbrennung.
Ausstellung o.T. (ohne Titel)
in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund
von Hans-Wilhelm Bohrisch
- 40 Forschungsprojekt über die Hilfe für verfolgte jüdische Menschen
- 41 Forschungsfragebogen
- 43 Literaturhinweise

*Titelfoto: Installation in der Ausstellung »Vom Namen zur Nummer«.
Siehe dazu auch den gleichlautenden Beitrag in diesem Heft.
Foto: Ilse Henneberg*

Die Arbeitslager für den Zwangseinsatz deutscher und nichtdeutscher Juden im Dritten Reich

von Wolf Gruner

Einleitung

An dieser Stelle und in folgenden Nummern des Gedenkstättenrundbriefs soll an ein heute aus dem öffentlichen Bewußtsein fast verschwundenes Kapitel der Judenverfolgung erinnert werden, die Zwangsbeschäftigung tausender jüdischer Deutscher in Arbeitslagern zwischen 1938 und 1943 innerhalb des Reichsgebietes.¹ Über dieses Thema gibt es heute kaum vage Vorstellungen, denn »jüdische Zwangsarbeit« wird meist mit der von der SS organisierten Arbeit der Konzentrationslagerhäftlinge assoziiert. Im Gegensatz zu dieser im öffentlichen Bewußtsein verschmolzenen Identität von Zwangsarbeit und KZ steht die Tatsache, daß in Konzentrationslagern auf Reichsgebiet deutsche Juden nur in geringer Zahl ausgebeutet, aber bereits vor Kriegsbeginn im Sommer 1939 über 20 000 im »Geschlossenen Arbeitseinsatz« beschäftigt wurden, davon Hunderte bereits in dutzenden Arbeitslagern.

Die nach dem Pogrom 1938 im Altreich² eingeführte Verfolgungsmaßnahme des »Geschlossenen Arbeitseinsatzes« war allein von der Reichsarbeitsverwaltung organisiert und durch die Zwangsrekrutierung zunächst erwerbsloser, später aller einsatzfähigen deutschen und staatenlosen Juden gekennzeichnet.

Nicht nur Umfang, Bedeutung und Dauer dieser Zwangsarbeit, sondern vor allem deren Verknüpfung mit anderen antijüdischen Maßnahmen sind von der historischen Forschung bis heute unterschätzt worden. Mit der Organisation dieser Maßnahme entwickelte und erprobte die Arbeitsverwaltung eine im Zweiten Weltkrieg in den meisten besetzten Gebieten angewandte Technologie der Verfolgung. Schon vor Kriegsbeginn wurde damit in Deutschland sowohl für die beteiligten Instanzen als auch für die unbeteiligte Öffentlichkeit eine »Normalität« der Zwangsarbeit von Juden geschaffen.

Da bis auf Splitter in Deutschland kaum aussagekräftige Akten der zentralen, regionalen und lokalen Arbeitsverwaltungen zur Organisation und Praxis des »Geschlossenen Arbeitseinsatzes« vorhanden sind, mußten für die Erforschung dieses Themas diverse, bisher unbeachtete Quellenbestände staatlicher, regionaler und lokaler Herkunft erstmals systematisch untersucht werden, z.B. der Reichsautobahnbehörde, von Wasserbauämtern oder diverser Kommunalverwaltungen. Außerdem konnten bis 1990 umfangreiche Aktenbestände privater Berliner Firmen, unter ihnen Teilbestände des Siemens AG-Archivs, ausgewertet werden, die in den Archiven zu DDR-Zeiten frei zugänglich waren und es nur zum Teil heute noch sind. In der Fülle der zur Judenverfolgung in den letzten Jahren erschienenen Lokalliteratur gab es für den Zwangseinsatz etliche Quellenhinweise, aber wenig Darstellungen. Über die Lager selbst waren aber nur äußerst spärliche Angaben zu finden; z.B. Beschreibungen ganz weniger Arbeitslager³ oder Darstellungen von Einzelaspekten wie den Deportationen von Insassen.⁴ Dieses sehr unterschiedliche Material wurde mit in Israel, den USA und

Deutschland gefundenen Akten jüdischer Institutionen sowie Tagebüchern und Erinnerungen von Zeitzeugen komplettiert.

Auf diese systematische Art und Weise gelang es schließlich, wie in einem Puzzle ein Bild der Entwicklung dieses vergessenen Zwangseinsatzes zu rekonstruieren. Die Ergebnisse dieser Forschungen sind gerade als Buch unter dem Titel »Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938 bis 1943« im Metropol-Verlag Berlin erschienen, auf das sich die folgenden zusammenfassenden Ausführungen stützen, weshalb auf umfangreiche Anmerkungen im Textteil verzichtet wird.

Obwohl Zwangsarbeit als charakteristisches Merkmal der Judenverfolgung in der Kriegszeit gelten muß, zählte Zwangsarbeit ursprünglich nicht unter die Verfolgungsvorhaben der Nationalsozialisten. 1933 zielten diese auf die Vertreibung der jüdischen Minderheit. Trotz einer massiven Emigrationswelle geriet für die NS-Führung aber das Ziel eines »judenfreien« Deutschlands mit der Angliederung Österreichs im März 1938 in weite Ferne. Zur gleichen Zeit schlossen immer mehr Länder ihre Tore für jüdische Immigranten. Angesichts dieses Widerspruchs begannen die Verantwortlichen in den Ministerien, der Polizei und der NSDAP verstärkt, die antijüdische Politik zentral zu koordinieren, insbesondere die künftige Taktik gegenüber der rasch wachsenden Gruppe nicht emigrationsfähiger, weil zu alter oder zu armer Juden. Wegen des von ihr deshalb befürchteten Scheiterns der Vertreibungspolitik orientierte die NS-Führung nach dem Novemberpogrom auf eine umfassende Neugestaltung des Verfolgungsprogramms. In mehreren Strategiekonferenzen wurden auf der einen Seite radikale wirtschaftliche und soziale Schritte, u.a. Zwangssteuern, Enteignungen, Berufs- und Gewerbeverbote, beschlossen, auf der anderen Seite verständigte man sich auf eine von Heydrich vorgeschlagene duale Strategie zur »Lösung der Judenfrage«, die eine nochmalige Forcierung der Vertreibung mit der vollständigen Separierung der Zurückbleibenden verband. Ein folgenschwerer Umschwung in der »Judenpolitik«.⁵

Auf vielfältige ministerielle Vorüberlegungen zurückgreifend, beabsichtigte die NS-Führung jetzt nicht mehr nur die Zerstörung gewachsener Beziehungen, sondern man wollte das Leben der künftig von der deutschen Gesellschaft isolierten, aber vom NS-Staat sozial abhängigen jüdischen Minderheit zwangsweise in autarken Strukturen reorganisieren. Für diese von der Forschung bisher so nicht dargestellte Kehrseite des Verfolgungsprozesses nach dem Novemberpogrom sollte Göring in Hitlers Auftrag das arbeitsteilige Vorgehen überwachen. Die Aufgabe, den Zwangseinsatz der aufgrund der Verfolgung zwangsweise Beschäftigungslosen durchzuführen, übernahm die Reichsarbeitsverwaltung.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Friedrich Syrup, leitete mit einem Erlaß am 20. Dezember 1938 den »Geschlossenen Arbeitseinsatz« für erwerbslose und sozialunterstützte deutsche Juden ein. Abgesehen von Einzelfällen behielt das Reichsarbeitsministerium die volle Autorität über Planung und Organisation des Zwangseinsatzes in Deutschland bis zu dessen Ende im Frühjahr 1943.⁶ Die lokalen Arbeitsämter richteten für den Zwangseinsatz Sonderdienststellen oder -dezernate ein und nutzten bei den Jüdischen Gemeinden eingerichtete Abteilungen zur besseren Mobilisierung der Arbeitskräfte. Sie regelten

die Erfassung, Rekrutierung und Vermittlung vor Ort, die Landesarbeitsämter den regionalen sowie überregionalen Transfer.

Bei Organisation, Verwaltung und Ausnutzung dieser antijüdischen Maßnahme waren viele Behörden und Institutionen engagiert, die bis heute nicht als an der Judenverfolgung beteiligt beachtet worden sind. Dazu zählten überregional die Reichsautobahnbehörde und die Reichsbahn, auf regionaler und lokaler Ebene Deichbau- und Meliorationsgenossenschaften, Talsperrenbaugemeinschaften, Kreisbauernschaften, Wasserbau- und Forstämter sowie unzählige deutsche Stadtverwaltungen, hier vor allem deren Tiefbauämter, Gartenämter sowie Eigenbetriebe für Stadtreinigung und Müllbeseitigung. Alle diese Institutionen konnten noch bis in den Krieg hinein dank jüdischer Billigkräfte Infrastrukturbauten ausführen, für die sonst kaum Personal oder Geld dagewesen wäre.

Seit den ersten Monaten des Jahres 1939 wurden von privaten und öffentlichen Firmen tausende Juden als Hilfsarbeiter mit physisch schwerster Arbeit bei volkswirtschaftlich oder kommunalpolitisch wichtigen Straßen- und Tiefbauten, bei Kanal- und Talsperrenprojekten sowie auf Müllplätzen eingesetzt. Bis zum Juli 1939 erfaßte der »Geschlossene Arbeitseinsatz« bereits 20 000 erwerbslose, meist männliche Juden. Die Beschäftigung war unabhängig von der freien Willensentscheidung, der Profession und oft auch physischen oder psychischen Tauglichkeit der Betroffenen, aber abhängig von deren »rassistischer Einordnung« unter außerökonomischem Zwang.

Als mit dem Kriegsbeginn nach dem Überfall auf Polen im September 1939 die bisherige Vertreibungspolitik endgültig aufgegeben werden mußte, entschied die NS-Führung noch während des Feldzuges, die deutschen Juden in naher Zukunft dorthin umzusiedeln. Die für den Kriegsfall geplante Einführung der Zwangsarbeit für alle Juden im Altreich, über die sich Hitler persönlich die Entscheidung vorbehalten hatte, wurde deshalb nicht realisiert. Der »Geschlossene Arbeitseinsatz« wurde nach dem bisherigen Organisationsmuster, jedoch unter veränderten Rahmenbedingungen fortgeführt. Während aufgrund der Kriegsreform der Arbeitsgesetzgebung mehr jüdische Arbeitskräfte rekrutiert werden konnten, fehlten infolge der Stillegung kriegsunwichtiger Bauten massenhaft Kolonnenarbeitsplätze, weshalb der »Judeneinsatz« bis Ende 1939 stagnierte.

Im Frühjahr 1940 dehnte die Reichsarbeitsverwaltung den Zwangseinsatz auf nicht aus öffentlichen Mitteln unterstützte und nicht bedürftige Juden aus. Arbeitsämter verschickten diese nun verstärkt zu regionalen Einsätzen im Transport- und Forstwesen sowie in der Baustoffproduktion. Ab Mai verpflichtete man jüdische Deutsche in großer Zahl zu – allerdings noch zeitlich befristeten – Hilfsarbeiten in die Industrie, da mit den neuen westwärts gerichteten Okkupationsvorbereitungen die Kräfterefizite dort besonders rapide anwuchsen. Ab Herbst 1940 wurden alle einsatzfähigen Jüdinnen und Juden unbefristet zwangsverpflichtet, und das mehrheitlich in der Industrie. Dort lernte man sie teilweise sogar auf Facharbeiterpositionen an, eine totale Abkehr von ursprünglichen Einsatzkonditionen. In der Privatwirtschaft nutzten den »Judeneinsatz« anfänglich also viele kleine und größere Tief- und Straßenbauunternehmen, baustoffproduzierende Betriebe, Abbruch- und Transportunternehmen, Kohlenhandlungen sowie Bauernwirtschaften, später Industriefirmen aller Art und Größe, insbesondere der chemischen, elektrotechnischen, textilherstellenden und metallverarbeitenden Wirtschaft.

An der Jahreswende 1940/1941 hatten die Arbeitsämter im Altreich über 40 000 deutsche Jüdinnen und Juden, das waren knapp 70 Prozent aller Einsatzfähigen, rekrutiert. Da wegen der Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion Hitler angeordnet hatte, die Deportationen aus dem Altreich noch während der Kriegszeit voranzutreiben, wollte das Reichssicherheitshauptamt die Mittel jüdischer Einrichtungen für die Finanzierung der »kommenden Gesamtumsiedlung« konzentrieren, wofür im Frühjahr 1941 alle jüdischen Institutionen reorganisiert und tausende Angestellte entlassen wurden. Sie und alle anderen greifbaren Juden wurden unverzüglich in den Zwangseinsatz eingegliedert. Erstmals handelten RSHA und Reichsarbeitsverwaltung synchron, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, und gaben die bisherige strikte Aufgabenteilung zugunsten einer Kooperation in allen Ebenen auf. Die Auswirkungen dieser Vorgänge Anfang März 1941 wurden von der Forschung bisher als Einführung der Zwangsarbeit für deutsche Juden mißverstanden.⁷

Im Sommer 1941 waren schließlich knapp 90 Prozent aller arbeitsfähigen deutschen Juden in den Zwangseinsatz eingegliedert, insgesamt 51 000 bis 53 000, ein kleiner Rest blieb in jüdischen Institutionen beschäftigt. Obwohl Hitler Anfang April 1941 trotz Arbeitskräftemangels verboten hatte, zusätzlich 73 000 polnische Juden zum Zwangseinsatz ins Altreich zu holen, arbeiteten nur wenige Monate später allein an der Reichsautobahn Berlin-Frankfurt/Oder-Posen auch tausende polnische Juden.

Im September 1941 sanktionierte der NS-Staat die totale gesellschaftliche Abschottung der deutschen Juden durch die Einführung des Judensterns. Die Zwangsgemeinschaft der Juden im Altreich, *conditio sine qua non* der geplanten Deportationen, wurde den Verhältnissen im besetzten Polen mit neuen Verordnungen juristisch immer stärker angeglichen, darunter zwei Verordnungen zur jüdischen Zwangsarbeit. Obwohl Heydrich die Zurückstellung in der Kriegsindustrie zwangsbeschäftigter Juden versprochen hatte, waren stets auch Zwangsarbeiter von den im Oktober beginnenden Transporten betroffen. Wegen des manchmal abrupten Abzuges gab es betriebswirtschaftliche Probleme in einzelnen Unternehmen. Andere wollten nicht auf den vorteilhaften jüdischen Einsatz verzichten, denn die Unternehmen profitierten außer an der Einsparung betrieblicher Sozialleistungen und Treueprämien an der Entlohnung der Juden nach Hilfsarbeiterstatus, ab 1941 an der Anwendung kollektiver Tariffkürzungen sowie gegenüber dem Einsatz ausländischer Arbeitskräfte an der Einsparung von Lagerinvestitionen. Ebenso wie Ferencz dies für den Einsatz von KZ-Insassen nachweist⁸, war zu keinem Zeitpunkt zwischen 1939 und 1943 den Firmen die Beschäftigung der Juden von den Arbeitsämtern aufgezwungen worden, wie von ihnen immer behauptet. Im Gegenteil, die Unternehmen konnten ihre Zwangsarbeiter jederzeit kündigen, ab Oktober 1941 binnen eines Tages. Später konnten sie oft sogar die Reihenfolge der Deportation der jüdischen Zwangsarbeiter bestimmen.

Der rasche Abtransport blieb insgesamt ohne volkswirtschaftliche Auswirkungen, denn mittlerweile standen zehntausenden jüdischen Zwangsarbeitern über zwei Millionen »Fremdarbeiter« gegenüber. Selbst in Industriezentren wie Berlin bedeutete der Zwangseinsatz deshalb entgegen der verbreiteten Annahme objektiv keinen Schutz vor Verschleppung. Ende Mai 1942 forderte Hitler schließlich den vollständigen Abzug der Juden aus der Rüstungsindustrie, was er im Juli und September wiederholte. Die Zahl der Juden im »Geschlossenen Arbeitseinsatz« wurde durch Transporte bis Ende 1942 auf knapp 40 Prozent der ursprünglichen Höchstzahl verringert.

Während einer der größten antijüdischen Razzien überhaupt, der landesweiten sogenannten Fabrik-Aktion am 27./28. Februar 1943, verhaftete die Gestapo schließlich in den Betrieben, in Wohnungen und auf der Straße 12 000 Juden, die sie alle im Laufe des Monats März deportierte. Ein Großteil von ihnen waren Zwangsarbeiter und deren Angehörige. Bis zum Sommer 1943 war die Deportation aus Deutschland in die Vernichtungslager abgeschlossen.

Für den hier kurz geschilderten Zwangseinsatz von Juden im Altreich wurden zwischen 1939 und 1943 mehrere in Struktur, Funktion und Praxis differierende Arbeitslagersysteme errichtet. Unter Kontrolle der Arbeitsverwaltung waren im Rahmen des »Geschlossenen Arbeitseinsatzes« seit Beginn des Jahres 1939 mindestens 38 Arbeitslager im Altreich eingerichtet worden, darunter 16 Lager in denen fast ausschließlich Juden aus Österreich arbeiteten. Die Art der Arbeiten reichte von Straßen-, über Deich- bis zu Talsperrenbauten. Auch kommunale Projekte wurden mittels jüdischer Zwangsbeschäftigter realisiert. Der geographische Schwerpunkt dieses – erstmals beschriebenen – Lagersystems lag in Niedersachsen.

Zugleich existierte im Altreich unter Aufsicht der Gestapo ein weiteres Netz mit über 50 Lagern, die nominell von der Reichsvereinigung unterhalten wurden. Darunter waren auch etliche ehemalige Umschulungslager jüdischer Vereine, die man nach dem Pogrom dieser Zwangsorganisation unterstellt hatte. Im Laufe des Jahres 1939 kamen dann diverse Lager vor allem für den Arbeitseinsatz hinzu. Der geographische Schwerpunkt der Reichsvereinigungslager lag in der Mark Brandenburg, dort wurden allein 15 Lager für die Preußische Forstverwaltung Frankfurt/Oder errichtet. Die Beschäftigung in der Forst- und Landwirtschaft, beim Bau oder in der Industrie war auf der Basis von Kollektivverträgen organisiert, die die Reichsvereinigung mit Forstämtern, Stadtverwaltungen, dem Reichsnährstand oder Privatfirmen ohne Beteiligung der Arbeitsverwaltung abschloß. In der ersten Hälfte 1941 reorganisierte das Reichssicherheitshauptamt das Lagersystem. Die Vermittlung der jüdischen Insassen oblag nun der Arbeitsverwaltung im Rahmen ihres »Geschlossenen Arbeitseinsatzes«.

Diese Reorganisation ging mit einer Angleichung der Lagerbedingungen an das entwürdigende Niveau eines neuen, ebenfalls bisher unbeschriebenen Typs einher. Im Zuge der Deportationsvorbereitung entstand im Altreich seit dem Frühsommer 1941 ein drittes Netz von Lagern. Die Gestapo – meist in Kooperation mit der NSDAP-Gauleitung – verknüpfte hier die Internierung ganzer Familien mit deren Ausbeutung durch Zwangsarbeit. 39 dieser aufgrund der Spezifik von mir als Arbeits- und Wohnlager bezeichneten, meist bis Ende 1941 errichteten Lager sind bisher nachzuweisen. Regionale Häufungen dieser Lager fanden sich im Rheinland, in Westfalen, in Württemberg und in Schlesien. Die Zahl deutsch-jüdischer Lagerinsassen hatte damit 1941 seinen quantitativen Höhepunkt erreicht: Allein in der Mark Brandenburg registrierte die Reichsvereinigung anfang November 1941 achtzehn jüdische Arbeitslager mit 845 Personen.⁹ Die anderen Lager eingerechnet, kann angenommen werden, daß in dieser Phase in Deutschland rund 5 000 jüdische Deutsche einem Arbeitslagerregime unterworfen waren.

Im Reichsgebiet (ohne Schlesien) wurden außerdem ab 1941 über 40 Zwangsarbeitslager für polnische Juden eingerichtet, die Mehrheit in Brandenburg, einige in Ostpreußen, wenige in Westdeutschland. Viele davon an der Reichsautobahn, manche

bei Industriebetrieben.¹⁰ Zusammen mit den knapp 130 Lagern der drei hier angeführten Kategorien für deutsche und österreichische Juden sowie den hier nicht beschriebenen über 160 schlesischen Lagern der SS-Organisation Schmelt sind heute für die Zeit zwischen 1939 und 1943 weit über 300 Zwangsarbeitslager für Juden im Altreich nachzuweisen, und dies unabhängig vom KZ-System. Über das Leben in den meisten dieser Lager sind kaum Zeugenberichte überliefert, da die oft jahrelang dort einquartierten Insassen aufgrund von Schwerstarbeit, schlechter Versorgung und fehlendem sozialen wie psychischen Rückhalt wenig individuelle Widerstandskraft konservieren konnten, so daß ihre Überlebenschancen in den Todeslagern besonders gering waren.

In den Kapiteln 1–4 werden die unterschiedlichen Lagersysteme etwas detaillierter beschrieben und die bisher nachgewiesenen Lager in Listenform aufgeführt. Die den verschiedenen von mir klassifizierten Typen mehr oder weniger exakt zuzuordnenden Lager werden mit sämtlichen mir bisher zugänglichen Quellenverweisen über Einrichtung und Auflösung, Insassenzahl, Art der Unterbringung und der Zwangsarbeiten sowie zu verantwortlichen Institutionen und Firmen versehen. Einige wenige Lagernachweise sind noch unsicher. Die Präsentation der Lager und ihrer Geschichte soll aber eben nicht nur ein bisher unbeachtetes Kapitel deutscher Judenverfolgung beleuchten, sondern als Anregung für Lokalhistoriker, Gedenkstättenmitarbeiter oder Interessierte in den Schulen für intensivere Recherchen zu einzelnen hier nachgewiesenen oder für neue Forschungen auch zu bisher unbekannten Arbeitslagern, zu Tätern und Opfern dieses fast vergessenen Zwangseinsatzes dienen.

Dr. Wolf Gruner ist 1960 in Berlin (DDR) geboren. Nach Ausbildung zum und Arbeit als Repratechniker studierte er bis 1989 Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität. Er promovierte 1994 am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin.

Anmerkungen

- 1 Diese weit über einhundert Lager auf deutschem Territorium werden beispielsweise in dem den damaligen Forschungsstand wiedergebenden Buch von Schwarz nicht einmal erwähnt; Schwarz, Gudrun: Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt a. M. – New York 1990, S. 73–76. In der verbesserten Taschenbuchausgabe Frankfurt a. M. 1995 wird dann auf den einzigen Überblicksartikel zu diesem Thema bisher verwiesen: Gruner, Wolf: Terra Inkognita? – Die Lager für den »jüdischen Arbeitseinsatz« 1938–1943 und die deutsche Bevölkerung, in: Die Deutschen und die Judenverfolgung, hrsg. von Ursula Büttner, Hamburg 1992, S. 131–159.
- 2 Deutschland in den Grenzen bis 1937.
- 3 Klusmann, Rita: Die »Jüdische Arbeitseinsatzstelle« Schloßhofstr. 73a, in: Einwohner-Bürger-Entrechtete. Sieben Jahrhunderte jüdisches Leben im Raum Bielefeld, Katalog bearb. von Monika Minninger u.a., Bielefeld 1988, S. 197–205. Meynert, Joachim: Zwangsarbeit und Ghettoisierung – Zur Existenz sog. jüdischer Umschulungslager 1939–1943 am Beispiel des Lagers »Bielefeld-Schloßhofstr.«, in: Meynert, Joachim/Klönne, Arno (Hrsg.): Verdrängte Geschichte. Verfolgung und Vernichtung in Ostwestfalen 1933–1945, Bielefeld 1986, S. 147–165. Zahn, Christine: Jüdische Zwangsarbeiterinnen im »Siemenslager«. Kommandantenstr. 58/59, in: Juden in Kreuzberg. Fundstücke, Fragmente, Erinnerungen; hrsg. von der Geschichtswerkstatt, Berlin 1991, S. 167–170. Kruszewski, Tomasz: Obóz dla Ludosci Żydowskiej w rybnej koło Brzegu (1941–1943), in: Acta Universitatis Wratislaviensis, Nr. 1207, Wrocław 1992, S. 315–341.
- 4 Z.B. Reifenrath, Bruno H.: Die »Evakuierung« der Juden des Siegkreises unter besonderer Berücksichtigung ihrer Internierung im RAD-Lager Much, in: Linn, Heinrich: Juden am Rhein und Sieg, Siegburg 1983, S. 238–250. Neugebauer, Otto: Ein Dokument zur Deportation der jüdischen Bevölkerung Bonns und seiner Umgebung, in: Bonner Geschichtsblätter. Hrsg. vom Bonner Heimat- und Geschichtsverein und dem Stadtarchiv Bonn, 18. (1964), S. 164–221.
- 5 Bisher gelten der Novemberpogrom und die nachfolgenden Beschlüsse in der Forschung zwar als Radikalisierung ohne Beispiel, aber insgesamt eher als voluntaristische Aktion, nicht als Vorgang

- koordinierter Neuorientierung der Verfolgung. Zu letzterer vgl. Gruner, Wolf: »Lesen brauchen sie nicht zu können...«. Die »Denkschrift über die Behandlung der Juden in der Reichshauptstadt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens« vom Mai 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 4. (1995), S. 314.
- 6 Ab Februar 1942 übernahm der neuernannte Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz die verantwortlichen Abteilungen des Arbeitsministeriums.
- 7 Ursache sind zwei falsch interpretierte Regesten bei Blau, Bruno: Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945, 3. Aufl., Düsseldorf 1965, S. 86; sowie bei Walk, Josef (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen, Heidelberg-Karlsruhe 1981, IV/174, S. 336. Tradiert wurden diese u.a. von den wiederum vielzitierten Genschel, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen u.a. 1966; Barkai, Avraham: Vom Boykott zur »Entjudung«. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt/Main 1988; Zuletzt Kwiet, Konrad: Forced Labour of German Jews in Nazi Germany, in: LBI Year Book, 36. (1991).
- 8 Ferencz, Benjamin B.: Lohn des Grauens. Die Entschädigung jüdischer Zwangsarbeiter – Ein offenes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, Frankfurt/Main – New York 1986, S. 146–147.
- 9 In ihrer Mehrzahl waren das ehemalige Reichsvereinigungslager; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 7, Bl. 166+RS: Bericht Bezirksstelle an die Reichsvereinigung vom 19. 11. 1941.
- 10 Gruner, Wolf: Juden bauen die »Straßen des Führers«. Zwangsarbeit und Zwangsarbeitslager für nichtdeutsche Juden im Altreich 1940 bis 1943/44, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 44. (1996), H. 9, S. 789–799.

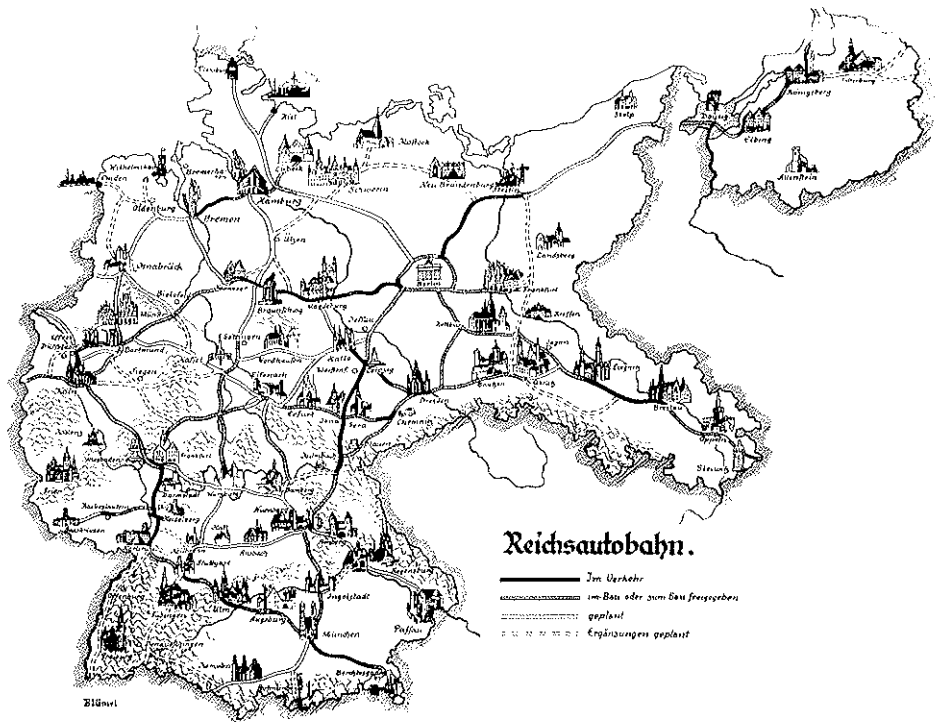
1. Kapitel: Zu den Arbeitslagern für deutsche und österreichische Juden im Altreich (1938–1943)

Für den »Geschlossenen Arbeitseinsatz«¹ entstand unter Regie der Reichsarbeitsverwaltung auf dem Territorium des Altreichs zwischen 1939 und 1941 ein bisher in der Literatur unbeschriebenes Netz von Lagern. Obwohl in den Erlassen der Reichsanstalt nicht ausdrücklich erwähnt, implizierte die neue Zwangsmaßnahme im Zuge der Neuorientierung des NS-Verfolgungskonzepts Ende 1938 die Errichtung von Lagern, da sich die Mehrheit der für den geplanten Kolonneneinsatz geeigneten Arbeitsstätten, z.B. Straßen- und Wasserbauprojekte, außerhalb von Städten befand. Einzelne Arbeitsamtbeamte machten deshalb den Einsatz der Juden gleich vom Aufbau separater Lager abhängig. Insgesamt sind bisher im Altreich mindestens 22 Arbeitslager für deutsche, 14 für österreichische und zwei sowohl für deutsche, als auch für österreichische Juden nachzuweisen; allerdings ohne dabei dutzende Lager in Schlesien aus Quellengründen einbeziehen zu können.²

Planung, Errichtung und Unterhaltung der Arbeitslager war im Jahr 1939 meist an Bauprojekte gekoppelt. Durch den Kriegsbeginn im Herbst mußten viele »kriegsunwichtige« Bauten stillgelegt werden, weshalb eine ganze Reihe »Judenlager« aufgelöst wurde. Viele Lager existierten deshalb nur einige Monate, was deren Nachweis heute sehr erschwert, einige bei Großprojekten, wie Talsperrenbauten, wenige existierten sogar bis Kriegsende, wie in Rastdorf/Werlte im Emsland bei der Moorkultivierung.

Die Arbeitsämter verpflichteten speziell Juden aus Großstädten zu Reichs- oder Landesbauvorhaben, teilweise aber auch zu kommunalen Projekten. Die Spannweite reichte vom Einsatz in der städtischen Umgebung, wie für Juden aus Frankfurt/Main im nahegelegenen Kelkheim, über die Beschäftigung in der Region, z.B. für Hamburger Juden, bis zur Verschickung hunderter Wiener Juden nach Niedersachsen. Es existierten Lager für ca. 20–30 Insassen, wie in Wohlerst bei Harsefeld/Krs. Stade, oder auch für 70 Juden, wie das Reichsautobahnlager Söhre bei Bergshausen (Kassel). Noch

Plan der Reichsautobahnen
Quelle: »Das 3. Reich«,
Bd. 1936, S. 389



größere Lager wurden speziell für den Einsatz österreichischer Juden errichtet, so eröffneten im Mai/Juni 1939 durch Vermittlung des niedersächsischen Landesamtes für jeweils über 150 Juden die Preußische Kulturbauabteilung Diepholz ein Lager in Höltingen sowie die Straßenbaugesellschaft Kemna-Lenz GmbH ein Lager beim Reichsstraßenbau Hildesheim-Hannover. Kapazitäten zur Aufstellung neuer Baracken waren allerdings schon vor Kriegsbeginn nur begrenzt vorhanden. Bauträger oder für die Baumaßnahmen von den Bauherren engagierte Privatfirmen mieteten deshalb oft für die separate Unterbringung der Juden leerstehende Baracken, nutzten die Tanzsäle örtlicher Gastwirtschaften oder sogar Jugendherbergen.

Als Sonderfall existierten daneben eine Zeitlang noch Lager unter der Regie städtischer Wohlfahrtsämter. Kollektive Pflichtarbeit und separate Lagerunterbringung der Juden war als Zwangskompensation für öffentliche Leistungen gedacht. Da aber sozialunterstützte Juden jetzt ausschließlich durch die Arbeitsämter eingesetzt werden sollten, gab es Diskussionen mit der Arbeitsverwaltung. Solche Lager konnten dann im Rahmen des »Geschlossenen Arbeitseinsatzes« weitergeführt und sogar erweitert werden.

Für die im Altreich errichteten Lager zeichneten also Deich- und Straßenbauämter, Gesellschaften für den Talsperrenbau sowie viele Kommunalverwaltungen als Organisatoren und Nutznießer verantwortlich. In Kooperation mit dem Arbeitsamt Frankfurt/Main richtete beispielsweise die Stadtverwaltung Kelkheim/Taunus im April 1939 ein Lager für örtliche Straßenbauarbeiten ein. Ca. 20 Frankfurter Juden wurden bis Oktober im Saal eines Wirtshauses »Taunusblick« untergebracht und mußten 60 Stunden wöchentlich arbeiten, in der Vorkriegszeit noch keineswegs Norm. Das Lager wurde im Wochenzyklus von Kelkheimer Ratsherren kontrolliert, mindestens einmal inspizierte der zuständige SS-Sicherheitsdienst.

Neben öffentlichen Institutionen und Privatunternehmen profitierten am Lagereinsatz – unabhängig von ihrer persönlichen Einstellung – viele Einzelpersonen: Beim Kalkheimer Judenlager beispielsweise der Fleischermeister, der die Lebensmittel lieferte; der seinen Saal vermietende Wirtshausbesitzer; die Betten verleihenden Ziegeleibesitzer des Ortes.³ Der diskriminierende Lagereinsatz deutscher Juden fand also nicht nur unter den Augen der Bevölkerung statt, sondern viele Einwohner, auch ohne Funktion in Partei oder Verwaltung, waren auf differenzierte Weise in den Verfolgungsprozeß aktiv involviert. Nur wenige solidarische Zeichen von »Ariern« sind überliefert.

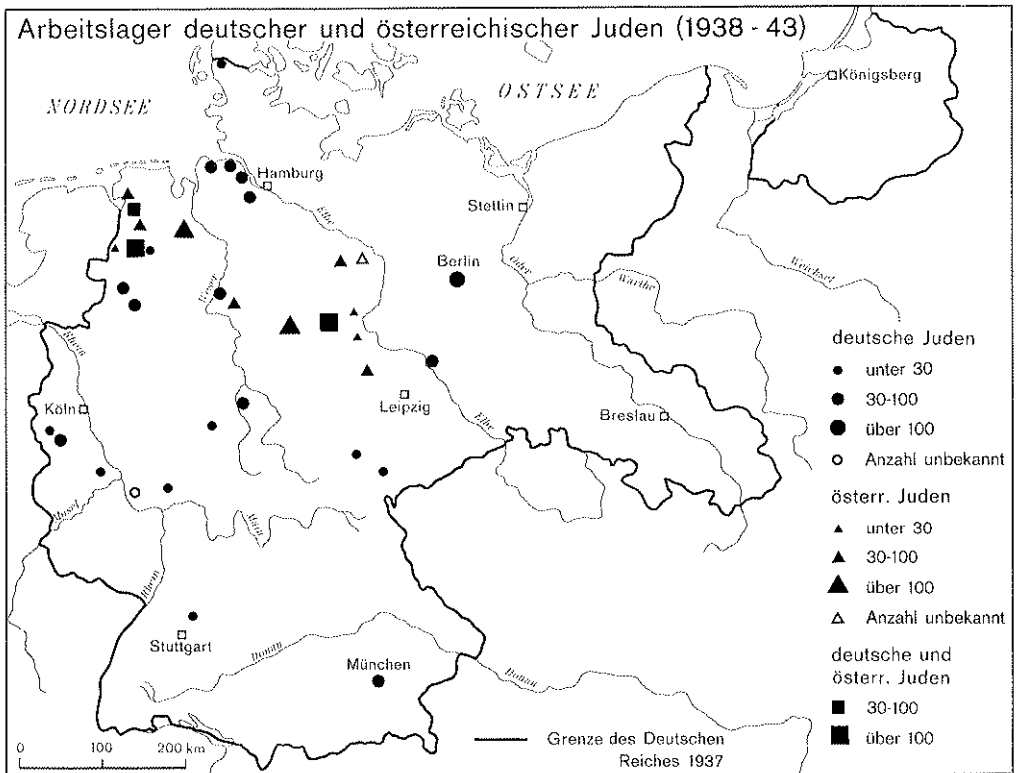
Da die Kontrollmöglichkeiten durch die Hand in Hand mit der Gestapo tätigen Ortsbehörden als insgesamt ausreichend eingeschätzt wurden, verzichtete man in der Regel bis 1941 auf extra Bewachungspersonal. Das von Heydrich nach dem Pogrom zur Kontrolle der Juden beschworene »wachsame Auge der gesamten Bevölkerung« funktionierte, um Fluchten zu verhindern. Das nutzte die Gestapo und wies bis zum Kriegsbeginn Juden nach Verbüßung kurzer Haftstrafen in solche Arbeitslager ein, um sie unter Emigrationszwang zu setzen.

Die bereits für den Kriegsfall vorbereiteten Zwangsarbeitslagerpläne hatte die NS-Führung nach dem Überfall auf Polen im September 1939 zugunsten der Überlegung storniert, die deutschen Juden dorthin zu deportieren. In der Zwischenzeit sollte die Arbeitsverwaltung ihren »Geschlossenen Arbeitseinsatz« zunächst beibehalten. Doch nun setzten die Arbeitsämter Juden zunehmend in Industriezentren ein, so daß bis zum Ende des Jahres 1940 kaum neue Arbeitslager im Altreich eingerichtet wurden.

In wenigen Fällen half sich die Arbeitsverwaltung mit dem Transfer von jüdischen Zwangsarbeitern in Rüstungszentren. Im Frühjahr 1941 errichtete man nach Verhandlungen mit der Gestapo erstmals ein »Judenlager« in der Regie eines großen Industrieunternehmens, nämlich für über 100 Jüdinnen aus Frankfurt/Main und Umgebung auf einem Berliner Firmengrundstück der Siemens AG. Unter den 1941 generell repressiveren Alltagsbedingungen innerhalb des Lagersystems hatten jetzt verstärkt jüdische Frauen zu leiden, die in dieser Phase bevorzugte Objekte des Arbeitskräfte-transfers wurden. Im Mai 1941 schickte die Arbeitsverwaltung über 150 Wienerinnen zur Spargelernte in den Regierungsbezirk Magdeburg. Eigentlich sollten die Zwangsarbeiterinnen Ende Juni/Anfang Juli wieder entlassen werden. Doch nach der Ernte verpflichteten die örtlichen Arbeitsämter alle Mädchen für die Arbeit in dortigen Unternehmen.

Die danach z.B. bei der Fa. Vereinigte Nordhäuser Kautabakfabriken-Hanewacker zwangsbeschäftigten Mädchen durften ihr Lager, ein altes Haus, nur geschlossen in Zehnergruppen verlassen, egal ob zur Fabrik oder zum »gegenüberliegenden Briefkasten«. Das Betreten von Geschäften war ihnen ebenso verboten wie bestimmte Straßen und Plätze, Spaziergehen bedurfte einer Genehmigung. Die Mehrheit der Wiener Jüdinnen mußte dort bis zur Deportation 1942 Zwangsarbeit leisten.

Der geographische Schwerpunkt dieser Form von Arbeitslagern lag von Anfang an in Niedersachsen, dessen Landesarbeitsamt besonders mit der österreichischen Arbeitsverwaltung enge Kontakte pflegte. Die Spezifik des »Geschlossenen Arbeitseinsatzes« wie der dafür eingerichteten Lager im Altreich kennzeichnet, daß im Gegensatz zum Zwangseinsatz in den Lagern Oberschlesiens, des Warthegaus und der besetzten Ostgebiete oder in den Konzentrationslagern die deutschen Juden in der



Regel mit individuellen Arbeitsverträgen beschäftigt wurden. Die Arbeitsverträge wurden von den Betroffenen nicht nur subjektiv meist unfreiwillig, sondern zudem unter den allgemeinen Verfolgungsbedingungen der Zwangsgemeinschaft und bei Anwendung eines ständig verschärften Sonderarbeitsrechts geschlossen. Das hier andeutungsweise beschriebene Arbeitslagernetz im Altreich symbolisierte sichtbar die Ergebnisse der nach 1938 eingeführten antijüdischen Konzeption einer räumlichen, sozialen und politischen Zwangsgemeinschaft für die deutschen Juden.

a) Liste der bisher nachgewiesenen Arbeitslager für deutsche Juden im Altreich

Berlin-»Siemenslager«⁴

Frühjahr 1941: 100–120 jüdische Mädchen aus Frankfurt/Main

ca. März 1943: Auflösung des Lagers und Deportation

Lager der Siemens AG Berlin.⁵

Burtehude/Röbke

ca. 10. Juli 1938: 50 Hamburger Juden

16. Dezember 1938: 13 Juden, 24 Juden bereits nach Oersdorf

Erdarbeiten des Kulturbauamts durch Fa. Müller & Sohn und Fa. Damann Stade

Lager der Sozialverwaltung Hamburg in der Herberge »Zur Heimat«.⁶

Dumpte bei Borghorst/ Krs. Steinfurt (Westfalen)

17. Mai 1939: 60 Juden

»Aufbaulager«.⁷

Wohlerst bei Harsefeld/Krs. Stade

mind. Juli 1938 – mind. Juni 1940

13. Juli 1938: 28 Juden aus Hamburg⁴¹

6. August 1938: 36 Juden⁴²

16. Dezember 1938: 34 Juden⁴³

17. Mai 1939: 30 Juden⁴⁴

17. Juni 1940: 18 Juden

Erd- und Drainagearbeiten bei Fa. Emil Schmidt Harsefeld

Barackenlager der Sozialverwaltung Hamburg.⁴⁵

b) Liste der bisher nachgewiesenen Arbeitslager für österreichische Juden im Altreich (1939–1943)

Aschersleben (Sachsen-Anhalt)

Mai 1941 – Oktober 1942

1941: mind. 22 jüdische Mädchen aus Wien⁴⁶

13 Frauen nach Rücktransport am 5. 10. 1942 aus Wien nach Minsk deportiert⁴⁷

Werkheim Fa. H. C. Besthorn Papierfabrik.⁴⁸

Denzburg (Oberschlesien) (?)

Ende 1941 – 1942.⁴⁹

Gleidingen bei Sarstedt (Niedersachsen)

1939

17. Mai 1939: 121 österreichische Juden⁵⁰

14. September 1939: 150 österreichische Juden

Landesarbeitsamt Niedersachsen

Bau der Reichsstraße Hildesheim-Hannover⁵¹

Straßenbaugesell. Kemna-Lenz GmbH, Baubüro Sarstedt

Barackenlager.⁵²

Haldensleben (Sachsen-Anhalt)

Mai 1941 – mind. Januar 1942

mind. 5 jüdische Mädchen aus Wien.⁵³

Hohegast (Ostfriesland)

1939

14. Dezember 1939: mind. 9 österreichische Juden⁵⁴

Hölingen bei Wildeshausen/Krs. Oldenburg (Niedersachsen)

März 1939 – Ende 1941 (Oktober Ende der Regulierungsarbeiten)

9. Juni 1939: Eintreffen von ca. 150–200 jüdischen Männern aus Wien⁵⁵

16. Januar 1940: mind. 50 österreichische Juden⁵⁶

Preußische Kulturbauabt. für die Hunteregulierung (Diepholz)/Neubauabt. für die Hunteregulierung des Wasserwirtschaftsamtes Hannover

Arbeiten für die Hunteregulierung, Erdarbeiten, Holzfällen

u.a. Fa. Willy Tappe-Diepholz

Barackenlager.⁵⁷

Kobbensen/Krs. Stadthagen

17. Mai 1939: 31 überwiegend österreichische Juden

Fa. Gebr. v. d. Wettern GmbH Köln-Deutz.⁵⁸

Hohenwarte/Krs. Saalfeld (Thüringen)

1938–1944⁸

August 1939: ca. 20 Juden aus Saalfeld und Umgebung

26. Mai 1941: 18 Juden⁹

August 1941: 20 Juden (aus thüringischen Städten)¹⁰

Bau Pumpspeicherwerk – Hohenwartetalsperre

Barackenlager der Arbeitsgemeinschaft »Obere Saale« Weimar.¹¹

Jöbnitz/Vogtland (?)

Nov. 1939 – (mind. Mai 1940)

mind. 8 Juden aus Plauen

Notstandsarbeiten: Bachregulierung, Drainagearbeiten.¹²

Kelkheim/Taunus

11. April – Oktober 1939

April 1939: 20 Juden aus Frankfurt/Main

1. Oktober 1939: Auflösung

Straßenbau-, Kanalisationsarbeiten für Stadtverwaltung

Lager der Kommune Kelkheim in der Gaststätte »Taunusblick«.¹³

Kloster Haina/Krs. Frankenberg (Hessen)

17. Mai 1939: 29 Juden.¹⁴

Laer/Bez. Münster i. Westfalen

17. Mai 1939: 46 Juden

»Aufbaulager«.¹⁵

Lahde/Petershagen

ca. August 1939 – August 1940

mind. 31 Juden (aus Breslau)

Fa. P. & Z.

Wohnlager.¹⁶

Lohhof bei München

mind. August 1941 – April 1942

12. August 1941: 53 jüdische Mädchen aus München¹⁷

Februar 1942: 17 Jüdinnen aus München und 68 poln. Jüdinnen¹⁸

Anfang April 1942: Deportation der Münchnerinnen¹⁹

Fa. Flachsröste GmbH Lohhof

Barackenlager des Beauftragten des Münchner Gauleiters.²⁰

Oersdorf/Krs. Stade

Ende 1938 – mind. Sommer 1940

16. Dezember 1938: 24 Juden vom Lager Buxtehude²¹

17. Mai 1939: 12 Juden²²

Sept. 1939 – 3. Jan. 1940: mind. 33 Hamburger Juden

17. Juni 1940: 17 Juden²³

Drainagearbeiten für Fa. Hinrich Seba²⁴, Fa. Müller und Sohn

Lager der Sozialverwaltung Hamburg.²⁵

Otterndorf bei Cuxhaven

mind. ab Mai 1940: ca. 50 Juden²⁶

17. Juni 1940: 47 Juden

Meliorationsarbeiten für Entwässerungsverband.²⁷

Prettin/Krs. Torgau

17. Mai 1939: 87 Jüdinnen
Frauenlager.²⁸

Rongard/bei Kelberg (Koblenz)

16. August 1939: mind. 4 Juden
Lager.²⁹

Söhre bei Bergshausen (Kassel)

31. Juli 1939: ca. 70 Juden
Autobahnbau für Oberste Bauleitung Autobahn Kassel
Reichautobahnlager.³⁰

Sprakebüll/Südtondern (Schleswig-Holstein)

Juli 1939: Männer; Erdarbeiten.³¹

Stolberg-Atsch bei Aachen

mind. Nov. 1941 – Juni 1942
5. November 1941: 77 Juden
Dezember 1941: mind. 109 Juden
15. Juni 1942: Deportation der 60 Insassen und Lagerauflösung
u.a. Salzsäureproduktion; u.a. Fa. Kalichemie, Fa. Feuerfeste Steine Peters
Gemeinschaftslager der Fa. Kalichemie, Holzschuppen.³²

Walheim bei Stolberg

1941/1942
Straßenbau
Lager in Jugendherberge.³³

Walsheim/Krs. Waiblingen

17. Mai 1939: mind. 3 Juden von 10 Personen
Lager.³⁴

Welterod/Rheingau

September 1939
Lager.³⁵

Wendefurt-Judenlager II/bei Blankenburg (Harz) (Vgl. 1b.)

mind. 1939–1945
25. März 1941: 103 deutsche und österreichische Juden
20. Februar 1945: Schließung/Deportation nach Theresienstadt
Arbeitsgemeinschaft für den Bau der Rappbodetalsperre/Provinzialtalsperren-
bauamt Quedlinburg/sp. Wasserverband Ostharz
Bau der Rappbodetalsperre, u.a. Fa. Polensky & Zöllner
Judenlager II.³⁶

Werlte I/Krs. Aschendorf-Hümmling

17. Mai 1939: 20 deutsche Juden
Lager der Reichsumsiedlungsgesellschaft Berlin, Lager Molkereistraße 82³⁷
Werlte-Baulager II Rastdorf/Krs. Aschendorf-Hümmling (Vgl. 1b.)
13. Dezember 1938 – 29. Februar 1944³⁸
17. Mai 1939: 63 deutsche und österreichische Juden³⁹
später ca. 250 Juden; 1944: ca. 7 Juden
Moorkultivierung
Lager Osterend 154.⁴⁰

Leer I und Leer II (Ostfriesland)

Mai 1939 – mind. Oktober 1939

13. Mai 1939: Transport mit 124 Juden aus Wien⁵⁹

Mitte Juni: 99 Personen⁶⁰

Mitte September 1939: 100 Personen⁶¹

Deichbauarbeiten.

Leer I: Wasserbauamt Leer/Leda-Jümme-Bauabteilung

Mitte Juni 1939: 47 Wiener Juden

Fa. Wurst-Loga, Fa. de Boer-Emden

Barackenlager.⁶²

Leer II: Bauabteilung Emsdeicherhöhung

17. Mai 1939: 30 überw. Wiener Juden

Mitte Juni 1939: 52 Wiener Juden

Barackenlager, Am Pferdemarkt 8.⁶³

Nordhausen (Thüringen)

Mai 1941 – Oktober 1942

17. August 1941: 57 jüdische Mädchen aus Wien⁶⁴

1941: mind. 84 jüdische Mädchen aus Wien⁶⁵

Spätsommer 1941: 337 jüdische Mädchen aus Wien (mehrere Lager?)

16. April 1942: noch 207 jüdische Mädchen aus Wien⁶⁶

Abbau durch Rückrufe nach Wien für Deportation Ende April bis September 1942

Offenbar letzte 47 Frauen dann mit Transport aus Wien nach Minsk

am 5. 10. 1942⁶⁷

Zuerst Spargelernte, ab Juni 1941 Einsatz in versch. Betrieben: u.a. Fa. Grimm &

Tripel, Fa. Vereinigte Nordhäuser Kautabakfabriken (Hanewacker).⁶⁸

Siems bei Mieste (Altmark)

17. Mai – 24. Juni 1941: ca. 50 jüdische Mädchen aus Wien

Spargelernte.⁶⁹

Stendal (Sachsen-Anhalt)

Juni 1941 – mind. Anfang 1942

Juni 1941: Eröffnung mit mindestens acht Jüdinnen aus Wien⁷⁰

Pogum/Krs. Leer

17. Mai 1939: 24 österreichische Juden

Baustelle.⁷¹

Potzhausen/Krs. Leer

17. Mai 1939: 45 österreichische Juden

Deichbauarbeiten

Barackenlager.⁷²

Wendefurt bei Blankenburg (Harz) – Judenlager II

1939–1942

25. März 1941: 103 deutsche und österreichische Juden⁷³

Mai/Juni 1942 Rückrufe von mind. 26 Juden nach Wien für Deportation⁷⁴

Letzte 25 Österreicher nach Rückruf am 5. 10. 1942 nach Minsk deportiert⁷⁵

AG für den Bau der Rappbodetalsperre/Provinzialtalsperrenbauamt

Quedlinburg/später Wasserverband Ostharz

Fa. Polensky & Zöllner; Bau der Rappbodetalsperre.⁷⁶

13. Dezember 1938 – 29. Februar 1944⁷⁷

17. Mai 1939: 63 deutsche und österreichische Juden⁷⁸

später ca. 250 Juden

1944; ca. 7 Juden

Moorkultivierung

Lager Osterend 154.⁷⁹

Das 2. von insgesamt 4 Kapiteln erscheint unter dem Titel »Zu den Lagern der Reichsvereinigung (ab 1941 Arbeitslager) im Altreich« in der nächsten Ausgabe des Rundbriefes.

- 1 Die einleitenden Ausführungen stützen sich auf Forschungen des Autors, die unter dem Titel »Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938 bis 1943« im Metropol-Verlag Berlin 1997 erschienen sind, weshalb auf umfangreiche Textanmerkungen verzichtet wird.
- 2 Wahrscheinlich müßte man ca. 40 bis Herbst 1940 in Schlesien errichtete Lager hier einordnen, die bisher der SS-Organisation Schmelt zugeschrieben worden sind, die erst Ende 1940 entstand. Zur Organisation Schmelt zuletzt ebenda, S. 799–808.
- 3 Alle Angaben: StadtA Kelkheim/Taunus, Aktenband »Arbeitseinsatz einer jüdischen Arbeitskolonne für den Straßenbau« (April – Oktober 1939), unfol..
- 4 Zuerst Halensee, später Gormannstr., 1942 Kommandantenstraße.
- 5 Die früher geteilten Bestände des Bundesarchivs werden im Moment zentral in Berlin zusammengeführt. Im Folgenden sind noch die alten Bestandsorte verzeichnet. Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 45, Bl. 50: Aktennotiz 18/41 Eppstein (Reichsvereinigung) über Anruf des RSHA am 7. 3. 1941; sowie nach Interviews heute in den USA lebender Frauen: Zahn, Christine: Jüdische Zwangsarbeiterinnen im »Siemenslager«. Kommandantenstr. 58/59, in: Juden in Kreuzberg. Fundstücke, Fragmente, Erinnerungen; hrsg. von der Geschichtswerkstatt, Berlin 1991, S. 167–170.
- 6 Staatsarchiv Hamburg, 351–10, Sozialbehörde I, AW 40–30, unfol.: Vermerke der AFÜ vom 13. 7. 1938 und 17. 12. 1938; ebenda: Besprechung über eine Arbeitsmaßnahme im Arbeitsamtsbezirk Stade vom 6. 8. 1938.
- 7 BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939.
- 8 Angeblich sollen dort ca. 200 »Arier« und 130 Juden gearbeitet haben, dem widersprechen aber die Zahlen in den Akten; Catalogue of Camps and Prisons in Germany and German-occupied Territories (i.folg. CCP ITS 1949). Sept. 1st, 1939 – May 8th, 1945, International Trading Service, Arolsen 1949, in: Weinmann, Martin (Hg.): Das Nationalsozialistische Lagersystem, Frankfurt/Main 1990, S. 637.
- 9 Mittelsdorf, Harald: Die Geschichte der Saale-Talsperren (1890–1945), [Diss.-MS], Berlin 1991, S. 201–204.
- 10 Betriebsarchiv Pumpspeicherwerk, Arbeitsgemeinschaft Obere Saale, Nr. 1.20.1/3, Bl. 261: »Aufstellung der Arbeitsgemeinschaft Saaletalsperre über beschäftigte Arbeiter«, ca. August 1941.
- 11 Mittelsdorf, Saale-Talsperren, S. 201–204.
- 12 Schmidt vermerkt detailliert Verschickung zum auswärtigen Arbeitseinsatz, ohne ein Lager zu erwähnen, das bei dieser Art Arbeitseinsatz jedoch Voraussetzung ist; Schmidt, Hannes: Zur Geschichte der Israelitischen Religionsgemeinde Plauen i.V., Plauen 1988, S. 62.
- 13 StadtA Kelkheim, Aktenband: Arbeitseinsatz einer jüdischen Arbeitskolonne für den Straßenbau (April – Oktober 1939), unfol.: Schreiben Arbeitsamt Frankfurt/Main an Stadtgemeinde Kelkheim v. 12. 4. 1939 sowie Schreiben des Bürgermeisters an das Arbeitsamt Frankfurt/Main vom 29. 9. 1939.
- 14 BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939.
- 15 Ebenda.
- 16 Meynert, Joachim: Was vor der »Endlösung« geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg 1933–1945, Münster 1988, S. 231–232.
- 17 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Film-Nr. 52430/24, unfol.: Aktennotiz vom 13. 8. 1941 betr. Unterbringung der Juden in München.
- 18 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 760, Bl. 10: Briefentwurf für Dr. Eppstein (Reichsvereinigung) vom 23 (?). Februar 1942; Behrend-Rosenfeld, Else: Ich stand nicht allein. Erlebnisse einer Jüdin in Deutschland 1933–1944, 3. Aufl., Köln – Frankfurt/Main 1979, S. 102.
- 19 Eintrag vom 12. 4. 1942, in: Behrend-Rosenfeld, S. 140.

Anmerkungen

- 20 Behrend-Rosenfeld, S. 102.
- 21 StA Hamburg, 351-10 Sozialbehörde I, AW 40.30, unfol.: Vermerk der Arbeitsfürsorge vom 17. 12. 1938.
- 22 BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939.
- 23 StA Hamburg, 351-10 Sozialbehörde I, AW 40.30, unfol.: Vermerk der Arbeitsfürsorge vom 17. 6. 1940.
- 24 BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939.
- 25 Archiv der Justizbehörde Hamburg, Rep. Nr. 3926/40, unfol.: Schreiben an den Oberstaatsanwalt Landgericht Hamburg vom 13. 1. 1940; und Liste der Fa. Müller & Sohn über die jüdischen Arbeiter im Lager Oersdorf vom 20. 12. 1939.
- 26 StA Hamburg, 351-10 Sozialbehörde I, AW 40.30, unfol.: Vermerk der Arbeitsfürsorge vom 3. 5. 1940.
- 27 Ebenda: Vermerk der Arbeitsfürsorge vom 17. 6. 1940.
- 28 Ebenda.
- 29 Thill, Hildburg-Helene: Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, Koblenz 1987, Anhang: Brief an Bürgermeister Kelberg über 4 Entlassungen von Juden vom 16. 8. 1939.
- 30 BA, Abt. Potsdam, 46.01 GIS, Nr. 1170, Bl. 242: OBR Kassel, Nachweisung über die vorhandenen Wohnlager und Unterkünfte, Stand vom 31. 7. 1939.
- 31 Archiv der Justizbehörde Hamburg, Rep. Nr. 3269/40, Bl. 3: Urteil Landgericht Hamburg vom 21. 6. 1940.
- 32 Bierganz, Manfred: Jüdische Zwangsarbeiter in Stolberg und der Leidensweg der Stolberger Juden während der Nazi Herrschaft, in: Die Menorah, Zeitschrift der Jüdischen Gemeinde Aachen, 27. Dezember 1986, S. 17-18; vgl. Wolff, Ruth J.: Verheiratet mit einem Juden – Erinnerungen an meinen Mann, in: Bierganz, Manfred/Kreutz, Annelie: Juden in Aachen. hrsg. v. d. Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Aachen 1988, S. 142.
- 33 Wolff, Verheiratet, S. 141.
- 34 BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939.
- 35 Nach Bericht NSDAP-Kreisleiter vom 7. 9. 1939; Maier, Dieter: Arbeitseinsatz und Deportation. Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938-1945, Berlin 1994, S. 265. (Anm. 34)
- 36 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt (LHA-SA) Magdeburg, Rep. C 92 III, Nr. 2556/257, Bl. 147: Schreiben an den Gebietsbeauftragten des Generalbaubevollmächtigten vom 3. 4. 1941; sowie Lebenslauf Martin W. (undat.) und Eidesstattl. Versicherung von Charly J. vom 14. 11. 1949, in: Privatbesitz Familie Mahlert; sowie Cramer, Hans-Donald: Das Schicksal der Goslarer Juden 1933-1945, Goslar 1986, S. 96-98 und 111.
- 37 BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939.
- 38 CCP (ITS Arolsen 1949), S. 627. Nach Aussage von Frau Antoch mind. seit Febr. 1939; Kösters, Marianne: Arbeitslager Rastdorf/Emsland, in: DIZ-Nachrichten, Nr. 13-1991, S. 45. Vgl. Cramer, Schicksal, S. 144.
- 39 BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939.
- 40 Cramer, Schicksal, S. 144.
- 41 StA Hamburg, 351-10, Sozialbehörde I, AW 40.30., unfol.: Vermerk der Arbeitsfürsorge vom 13. 7. 1938.
- 42 Ebenda: Besprechung über eine Arbeitsmaßnahme im Arbeitsamtsbezirk Stade vom 6. 8. 1938.
- 43 Ebenda: Vermerk der Arbeitsfürsorge vom 17. 12. 1938.
- 44 Dort als Harsefeld/Gemeinde Wohlast; BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939.
- 45 StA Hamburg, 351-10 Sozialbehörde I, AW 40.30, unfol.: Vermerk der Arbeitsfürsorge vom 17. 6. 1940.
- 46 Central Archives for the History of the Jewish People (CAHJP) Jerusalem, A/W, Nr. 429, unfol.: Arbeitslisten 1941 Aschersleben; ebenda, Nr. 430, unfol.: Liste »Angehörige von Lagerinsassen im Arbeitseinsatz außerhalb Wiens J/2«. Vgl. Rosenkranz, Herbert: Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938 bis 1945, Wien-München 1978, S. 234.
- 47 Privatarchiv Jonny Moser (Wien): Handschriftliche Auszüge aus den Deportationslisten.
- 48 CAHJP Jerusalem, A/W, Nr. 429, unfol.: Arbeitslisten 1941 Aschersleben; ebenda, Nr. 430, unfol.: Liste »Angehörige von Lagerinsassen im Arbeitseinsatz außerhalb Wiens J/2«. Yad Vashem (YV) Jerusalem, 030/Nr. 64, unfol.: Lagertagebuch »Durch Arbeit zur Chewra, mit der Chewra zur Freiheit – Cheruth (Frieden)«, Eintrag vom 26. 6. 1941, S. 46.
- 49 CAHJP Jerusalem, A/W, Nr. 430: Liste »Lagerinsassen, deren Angehörige im Arbeitseinsatz außerhalb Wiens stehen, Transport 27-II. Liste«; vgl. Rosenkranz, Verfolgung, S. 235.
- 50 BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939. Einrichtung möglicherweise seit Februar 1939; vgl. Cramer, Schicksal, S. 137.

- 51 BA, Abt. Potsdam, 46.01 GIS, Nr. 136, unfol.: Anlage 1 zum Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Hannover vom 14. 9. 1939 (im Mobilisierungsfall noch auszuführende Bauten auf Reichsstraßen).
- 52 BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939.
- 53 CAHJP Jerusalem, A/W, Nr. 429, unfol.: Arbeitslisten 1941 Haldensleben, Privatarchiv Jonny Moser (Wien): Handschriftliche Auszüge aus den Deportationslisten. Vgl. Rosenkranz, Verfolgung, S. 235.
- 54 CAHJP Jerusalem, A/W, Nr. 1906, unfol.: Vermerk über Unterstützungszahlungen an Juden im Lager Hohegast vom 14. 12. 1939.
- 55 Meiners, Wildeshausen, S. 304–306.
- 56 Rosenkranz, Verfolgung, S. 234.
- 57 Meiners, Wildeshausen, S. 304–306.
- 58 BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939.
- 59 Niedersächsisches Staatsarchiv Aurich, Rep. 16 Reg. Aurich, Abt. 3, Nr. 196, unfol.: Bauabteilung Leda-Jümme Unternehmen an Regierungspräsident in Aurich vom 1. 6. 1939.
- 60 Ebenda: Briefentwurf der Bauabteilung an das Landesarbeitsamt Niedersachsen vom 26. 6. 1939.
- 61 Ebenda: Regierungspräsident in Aurich an Reichsministerium für Landwirtschaft und Ernährung am 23. 9. 1939.
- 62 Ebenda: Vermerk der Bauabteilung Leda-Jümme Unternehmen vom 24. 4. 1939; ebenda: Briefentwurf der Bauabteilung an das Landesarbeitsamt Niedersachsen vom 26. 6. 1939.
- 63 Ebenda; sowie BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen 17. 5. 1939.
- 64 CAHJP Jerusalem, A/W, Nr. 180/2, unfol.: Anonymer Bericht vom 17. 8. 1941.
- 65 Ebenda, Nr. 429, unfol.: Arbeitslisten 1941 Nordhausen. Vgl. Rosenkranz, Verfolgung, S. 235.
- 66 LHA-SA Magdeburg, Rep. C 20 I b, Nr. 3293, Bl. 107+RS: Landesarbeitsamt Mitteldeutschland an Oberpräsident in Sachsen vom 18. 4. 1942.
- 67 Privatarchiv Jonny Moser (Wien): Handschriftliche Auszüge aus den Deportationslisten.
- 68 LHA-SA Magdeburg, Rep. C 20 I b, Nr. 3293, Bl. 107+RS: Landesarbeitsamt Mitteldeutschland an Oberpräsident in Sachsen vom 18. 4. 1942.
- 69 YV Jerusalem, 030/Nr. 64, unfol.: Lagertagebuch »Durch Arbeit zur Chewra, mit der Chewra zur Freiheit – Cheruth (Frieden)«, S. 1 – 46. Vgl. auch Rosenkranz, Verfolgung, S. 272 und Anmerk. 68, S. 352.
- 70 YV Jerusalem, 030/Nr. 64, unfol.: Lagertagebuch »Durch Arbeit zur Chewra, mit der Chewra zur Freiheit – Cheruth (Frieden)«, Eintrag vom 18. 5. 1941, S. 3–6; sowie CAHJP Jerusalem, A/W, Nr. 430: Liste »Lagerinsassen«; vgl. Rosenkranz, Verfolgung, S. 235.
- 71 BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939.
- 72 BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939.
- 73 LHA-SA Magdeburg, Rep. C 92 III, Nr. 2556/257, Bl. 147: Schreiben an den Gebietsbeauftragten des Generalbevollmächtigten für die Bauwirtschaft vom 3. 4. 1941. Vgl. Cramer, Schicksal, S. 144.
- 74 CAHJP Jerusalem, A/W, Nr. 430, unfol.: Mehrere Schreiben der Reichsvereinigung-Bezirksstelle Hannover-Kassel an die Israelitische Kultusgemeinde Wien vom 3. 6. 1942; sowie Privatarchiv Jonny Moser (Wien): Auszüge aus den Wiener Deportationslisten.
- 75 Privatarchiv Jonny Moser (Wien): Handschriftliche Auszüge aus den Deportationslisten.
- 76 LHA-SA Magdeburg, Rep. C 92 III, Nr. 2556/257, Bl. 147; sowie Lebenslauf Martin W. (undat.) und Eidesstattliche Versicherung von Charly J. vom 14. 11. 1949 in Privatbesitz Familie Mahler; sowie Cramer, Schicksal, S. 45, 96–98, 110–111. Vgl. auch Rosenkranz, Verfolgung, S. 235.
- 77 CCP (ITS Arolsen 1949), S. 627. Nach Aussage von Frau Antoch mind. seit Febr. 1939; Kösters, Marianne: Arbeitslager Rastdorf/Emsland, in: DiZ-Nachrichten, Nr. 13–1991, S. 45. Vgl. Cramer, Schicksal, S. 144.
- 78 BA, Abt. Potsdam, 15.09 RSA, Erhebungsbögen der Volkszählung vom 17. 5. 1939.
- 79 Cramer, Schicksal, S. 144.

»Vom Namen zur Nummer«

Eine Schülers Ausstellung zum Einlieferungsprozeß in Konzentrationslager

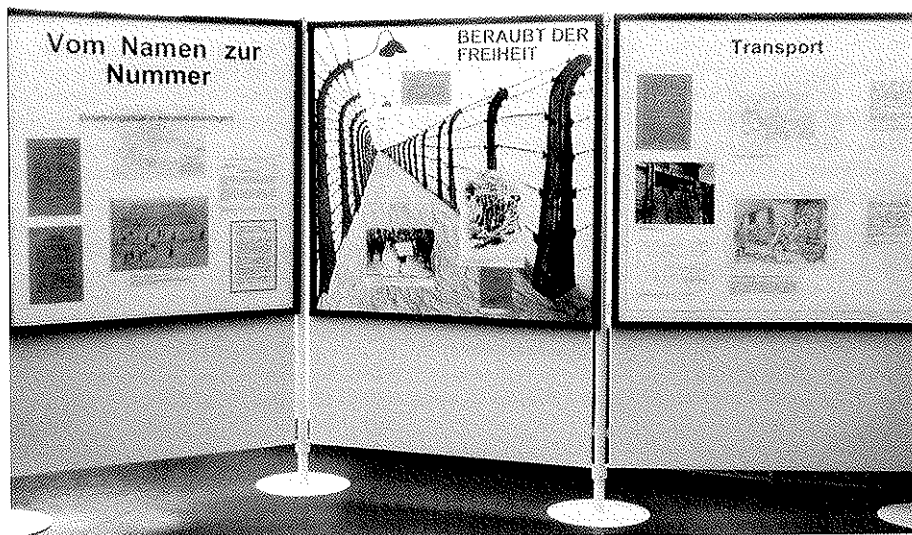
von Antje Ahrends, Antje Burat und Julia Vehmeyer

Die Kooperative Gesamtschule Stuhr-Brinkum liegt in Niedersachsen, an der Landesgrenze zu Bremen. Seit vier Jahren leitet die Religionspädagogin Ilse Henneberg den Projektkurs »Spurensuche«.

1994 besuchten Schüler eines 11. Jahrgangs die Gedenkstätte Buchenwald, um über das Schicksal der jüdischen Bewohner ihrer Heimat zu recherchieren. Die männlichen Juden des Landkreises Diepholz wurden nach der Reichspogromnacht ins Konzentrationslager Buchenwald deportiert. So begann die Arbeit zur ersten Ausstellung »Gestern Nachbar, heute Jude – Juden im Landkreis Diepholz«. Nach der Fertigstellung übernahm der israelische Botschafter in Deutschland Avi Primor die Schirmherrschaft über diese Arbeit.

Während der Präsentation der Wanderausstellung in der Desinfektionskammer der Gedenkstätte Buchenwald kam der Kurs auf die Idee, die Ankunft der Gefangenen in einem Lager zu erarbeiten. Bei der Einlieferung verloren die Menschen ihre Identität, Individualität und ihre Würde. Die SS zielte durch das Einlieferungsritual auf die Schaffung einer einheitlichen und völlig willenlosen Masse. Die gravierendsten Schritte dabei waren Verlust der Haare, der eigenen Kleidung und des Namens.

Die Ausarbeitung zu diesem Projekt begann in den Sommerferien 1995. In Kleingruppen fuhren die Schüler zu den Gedenkstätten Dachau, Buchenwald, Hannover-Ahlem, Ravensbrück und Neuengamme, um in den dortigen Archiven nach geeignetem Material zu suchen.



Der Schwerpunkt der Recherche wurde auf Häftlingszeichnungen und -zitate gelegt, da diese einen Großteil der geplanten Ausstellung ausmachen sollten. Nach den Besuchen der Gedenkstätten Bergen-Belsen und Sachsenhausen im Herbst 1995 erfolgte die Bearbeitung der zusammengetragenen Materialien. Weitere Archive, sowie die Gedenkstätte Auschwitz sandten ergänzende Materialien. Bis zum Frühjahr 1996 wurden die ersten beiden Teile der Ausstellung vollständig erarbeitet, in denen der Einlieferungsvorgang beschrieben und die Besonderheiten von Konzentrationslagern dargestellt werden. Der dritte Teil stellt zehn Überlebende vor, die heute in Israel, Frankreich, Brasilien, USA, Holland und Deutschland leben.

Die Kursteilnehmerin Antje Ahrends berichtet von ihren Erfahrungen mit Überlebenden:

»Im Rahmen des Projektkurses ›Spurensuche‹ nahmen meine Mitschüler und ich Kontakt zu einer Vielzahl ehemaliger Häftlinge auf. In Briefen befragten wir sie zu ihrer Einlieferung in die Konzentrationslager und zu ihren Gedanken und Emotionen bei diesem Ritual der Entmenslichung. Besonderen Wert legten wir auch auf ihren weiteren Lebensgang nach der Befreiung und der Wieder-Mensch-Werdung, nachdem sie im Konzentrationslager zu bedeutungslosen Nummern gemacht wurden. Die Antwortschreiben der Überlebenden gliederten wir mit in die Ausstellung ein.

Im April des Jahres 1996 verbrachte ich ein Wochenende in Paris bei André Migdal, einem ehemaligen Häftling des Konzentrationslagers Neuengamme. Der Franzose wurde nach seiner Deportation über Compiègne in das Neuengammer Außenkommando Bremen-Farge eingeteilt und arbeitete dort unter menschenunwürdigen Bedingungen am Bau des U-Bootbunkers Valentin.

Mit beeindruckender Offenheit und Herzlichkeit berichtete er mir von dem Grauen, das er in dieser Zeit durchlitt. Am Ende unserer Begegnung zeigte André Migdal mir noch seine Häftlingskleidung, die er bis zum heutigen Tag aufgehoben hat. Die Berührung mit diesem Gegenstand aus der Nazi-Zeit, den ich bisher nur von Schwarz-Weiß-Fotographien kannte, beeindruckte mich tief. Auf der Heimfahrt wurde mir bewußt, daß dieser Kontakt zu einem Überlebenden mein Bewußtsein für die Verbrechen der Nationalsozialisten stärkte, denn die Kenntnis von diesem Einzelschicksal berührte mich weit mehr als die in unseren Geschichtsbüchern angegebenen Gesamtzahlen der Menschen, die in den Konzentrationslagern inhaftiert waren und dort den Tod fanden.

Im Juni 1996 besuchte ich dann gemeinsam mit einer Freundin Ilse Stephan, eine Überlebende der Konzentrationslager Ravensbrück und Bergen-Belsen. Die heute 72-Jährige führte uns über das Gelände der Gedenkstätte Bergen-Belsen und erklärte uns, wie das Konzentrationslager aufgebaut war. Da sie in Zusammenarbeit mit internationalen Jugendgruppen im Rahmen des Projektes ›Spuren suchen, Spuren sichern‹ an Ausgrabungen auf dem ehemaligen Lagergelände beteiligt war, konnte sie uns auch einige originale Fundstücke zeigen.

Im Anschluß führte sie uns durch die Ausstellung der Gedenkstätte. Wir betrachteten jedes einzelne Foto genau und Frau Stephan erklärte uns, wo und unter welchen Umständen die Aufnahme entstanden sein könnte. So nahm ich die Ausstellung, die mir zuvor schon bekannt war, wesentlich intensiver wahr. Besonders beeindruckend empfand ich die Tatsache, daß mir die ausgemergelten und verzweifelten Gesichter

auf den Fotografien näherzurücken schienen, denn dies waren nicht mehr einfach nur namenlose »KZ-Insassen«, sondern Ilse Kameradinnen.

Aus dem Kontakt zu Ilse entwickelte sich schon sehr bald eine enge Freundschaft. Auf diese Weise erfahre ich, daß es immer noch Menschen und insbesondere Jugendliche gibt, die an der Existenz der Konzentrationslager zweifeln, und daß Ilse Stephan nach dem Erhalt etlicher Drohbriefe in einer ständigen Angst vor diesen Menschen leben muß. Ich erfahre aber auch, daß sie es trotz ihrer schrecklichen Erlebnisse in der Nazi-Zeit geschafft hat, ihre Lebenslust und ihren Humor zurückzugewinnen und mit viel Engagement die Gedenkstättenarbeit unterstützt, um gegen das Vergessen zu kämpfen.

Gerade für uns Jugendliche, die die Nazi-Zeit nicht miterlebt haben, ist der Kontakt zu den ehemaligen Häftlingen besonders wichtig, denn uns liegen die Geschehnisse dieser Zeit so fern, daß man das Gefühl bekommt, daß sie nicht der Realität entsprechen. Desweiteren können meiner Ansicht nach die einfachen Statistiken niemals so sehr beeindrucken, wie die Erzählungen eines Menschen, der diese Zeit durchlebt hat.

Ich halte es für besonders wichtig, daß noch viele Jugendliche so wie wir die Gelegenheit dazu erhalten, über den normalen Unterricht hinaus mit Zeitzeugen zu sprechen.«

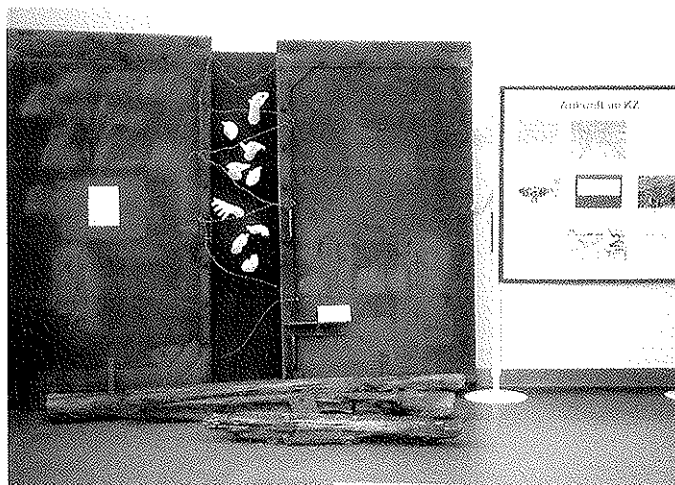
Um den Betrachtern die Thematik näherzubringen und sie mit der Problematik zu konfrontieren, wurden Kunstobjekte erstellt. Die Verbindung von inhaltlicher Information und Kunst soll den Betrachter zum Nachdenken anregen. Während eines mehrtägigen Aufenthaltes in der Jugendbegegnungsstätte Buchenwald wurden die Kunstobjekte angefertigt. Sie erinnern an die Opfer und ihre Leiden, stellen aber gleichzeitig einen Bezug zwischen dem historischen Geschehen und der Gegenwart her. Als gedankliche »Stolpersteine« fordern sie den Betrachter auf, selbst Position zu beziehen, sich auch emotional auf das Geschehen einzulassen, sich ihm zu nähern. Mit Hilfe dieser Objekte ist es möglich, komplexes historisches Geschehen anschaulich und komprimiert darzubieten.

Beim Kunstobjekt »Die bittenden Hände« greifen um Nahrung und Hilfe flehende Gips Hände aus einem Türspalt eines Eisenbahnwaggons.

Das Objekt »Das waren Liliths Kleider« ist der Kunst Anselm Kiefers entlehnt (Liliths Töchter), die sich mit der Problematik des Dritten Reichs beschäftigt. Vier auf einer Holzplatte befestigten gipsverhüllte Kleidungsstücke, die der fiktiven Person Lilith vor ihrer Einlieferung in das KZ gehört haben, symbolisieren die beraubte Persönlichkeit. Im Hintergrund stehen schemenhaft Menschen, die den Bezug vom Einzelschicksal zur Masse herstellen.

»Der Lagerarzt«, eine lebensgroße Figur eines Menschen, trägt einen weißen Kittel, auf den ein Auszug aus dem »Hippokratischen Eid« gedruckt ist. Neben der Arztfigur hängt eine sechs Seiten lange Liste. Sie gibt die genaue Anzahl der am 14. Mai 1944 von einem Arzt untersuchten Neuankömmlinge im KZ Buchenwald wieder.

Aus einem Schrank ist das Kunstobjekt »Schubladendenken« erstellt worden. Auf der oberen Hälfte des Schrankes ist eine anonyme Menschenmasse zu sehen. Fotos von zwölf Menschen heben sich jedoch ab: Männer, Frauen und Kinder. Sie sind in die zwölf Schubladen, die sich darunter befinden, einsortiert. Jede Schublade ist mit





einem farbigen Häftlingswinkel versehen. Neben den Fotos erhalten sie Kurzinformationen zu den zwölf Menschen. Die Anordnung der Schubladen wurde genutzt, um die Abstufungen innerhalb der Häftlingshierarchie wiederzuspiegeln.

Das Lagerleben nach der Numerierung bis zum Tod vieler Häftlinge deuten Dias an, die auf dem Rücken des Gipstorsos »Ist das ein Mensch?« gezeigt werden. Der Torso zeigt die Verstümmelung des Menschen im Konzentrationslager. Das Fehlen des Kopfes steht für das Verbot der Meinungsfreiheit. Die verstümmelten Arme sollen die Handlungsunfähigkeit des Häftlings in KZ verdeutlichen. Die Beschränkung der Bewegungsfreiheit, z.B. beim Appellstehen oder in der Enge der Baracken, wird durch das Fehlen der Beine symbolisiert. Hals- und Armansatz des Rückens bilden ein Kreuz, das christliche Symbol für Leid.

Nach einjähriger Arbeit konnte die Ausstellung erstmals am 3. Juni 1996 in der Schule gezeigt werden. Zu diesem Anlaß reisten drei Überlebende der Konzentrationslager an: Ilse Stephan aus Winsen/Aller, Peter Schenk aus Holland und André Migdal aus Paris. Sie gestalteten die Eröffnungsveranstaltung mit. Teilnehmer des Projektkurses hielten kurze Reden und sorgten für musikalische Beiträge mit jiddischen Liedern.

In den Monaten vor diesem Ereignis erarbeitete Ilse Henneberg, gemeinsam mit dem Verleger Helmut Donat, das Begleitbuch zur Ausstellung.

Knapp eine Woche nach der Ausstellungseröffnung erhielt der Kurs für seine Arbeit den Förderpreis »Demokratisch handeln« der Theodor-Heuss-Stiftung von Frau Hildegard Hamm-Brücher überreicht. Es folgten weitere Auszeichnungen: Schülerfriedenspreis des Landes Niedersachsen, Auszeichnung zur »Schule des Jahres« und den Georg-Tappert-Preis der GEW.

Im Sommer 1996 wurde die Ausstellung im Wissenschaftlichen Institut für Schulpraxis in Bremen gezeigt, wo sie Pädagogen und Studenten Anregungen zur eigenen Arbeit geben konnte. Die ehemalige Häftlingskantine in Buchenwald war der nächste Ausstellungsort. Auch dorthin reiste Peter Schenk, um an der Eröffnungsveranstaltung teilzunehmen. Dr. Rosenbach vom Zentralrat der Sinti und Roma, der Oberbürgermeister Weimars und der thüringische Landtagspräsident Dr. Pietsch waren weitere besondere Gäste. Dr. Pietsch übernahm für den Ausstellungszeitraum in Buchenwald die Schirmherrschaft. Anlässlich des Gedenkens der Reichspogromnacht wurde die Wanderausstellung im Rathaus Stuhr gezeigt, Ilse Stephan berichtete dort während der Eröffnungsveranstaltung von ihrer Einlieferung in das Konzentrationslager Ravensbrück.

Eine besondere Auszeichnung war die Präsentation im Deutschen Bundestag. Im Januar 1997 wurde die Schülerarbeit anlässlich des Holocaustgedenktes gemeinsam mit Dr. Hans-Ulrich Klose und Riccola Lüttgenau, stellvertretender Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, in Bonn eröffnet.

Die Bundestagspräsidentin, Frau Dr. Rita Süsmuth, übernahm die Schirmherrschaft für die weiteren Ausstellungsorte.

Im April 1997 zum 52. Jahrestag der Befreiung wurde die Ausstellung in der Gedenkstätte Bergen-Belsen eröffnet. Auch dort schilderte Ilse Stephan sehr einfühlsam von ihrer Leidenszeit im Konzentrationslager. Außerdem sprach Jan Jecha, Vorsitzender der Theresienstädter Häftlingsinitiative, der eigens anreiste, um sich die Ausstellung anzusehen. Im Juni fand in Leipzig die Jüdische Woche statt, gefolgt vom

Evangelischen Kirchentag. Deshalb war die Ausstellung im Evangelischen Schulzentrum stationiert. Rolf Kralowitz, der 1943 in Leipzig verhaftet und nach Buchenwald deportiert wurde, war bei der Eröffnung zugegen, wie auch der Superintendent Leipzigs.

Von 13. Juli bis zum 12. September ist die Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück zu sehen. Im nächsten Jahr soll sie in der Jugendbegegnungsstätte Theresienstadt gezeigt werden. Eine englische Übersetzung der Texte, erarbeitet von einem bilingualen Geschichtskurs unserer Schule, liegt bereits vor. Eine tschechische Übersetzung, die von der Gedenkstätte Theresienstadt betreut wird, wird das österreichische Gymnasium in Prag vornehmen.

Neben den geladenen Gästen und Rednern wurden alle Eröffnungen von den Schülern und Schülerinnen selbst gestaltet. Die Rede der Schülerin Antje Burat erläuterte die Entstehung der Ausstellung. Eine Lesung sollte die Eindrücke der Häftlinge bei der Einlieferung verdeutlichen. »Zur Sprache der Akten«, ein Gedicht eines unbekannten Häftlings aus Buchenwald, wurde in einer szenischen Darstellung wiedergegeben.

Das musikalische Talent einiger Kursteilnehmer ermöglichte es, das Programm der Veranstaltung zu bereichern. Die Musikstücke wurden thematisch abgestimmt. Ausgewählt wurden u.a. jiddische Volkslieder, sowie das Thema aus »Schindlers Liste«.

Der Projektkurs liegt außerhalb der regulären Unterrichtsstunden am Freitag Nachmittag. Jeder Schüler des 11.–13. Jahrgangs kann an diesem Kurs freiwillig teilnehmen. Es ist möglich, sich in der Oberstufe ein Kurshalbjahr im Fachbereich Ev. Religion oder Werte und Normen anstelle eines regulären Kurses anrechnen zu lassen, wofür aber wie in allen Fächern Klausuren geschrieben werden müssen. Da wöchentlich nur 90 Minuten Unterricht für den Kurs vorgesehen sind, lag die Hauptarbeit bei der Erarbeitung der Ausstellung »Vom Namen zur Nummer« in der Freizeit und in den Ferien.

Bei der Finanzierung ist der Kurs auf öffentliche Gelder angewiesen. Ohne die Unterstützung des Gedenkstättenreferats des Niedersächsischen Kultusministeriums

alle Abbildungen:
Ausstellungseröffnung
und Aufbau der
Ausstellung
»Vom Namen zur
Nummer«
in der Gedenkstätte
Buchenwald.
Fotos: Ilse Henneberg



wäre die Arbeit in dieser Form nicht möglich gewesen. Allerdings wird auch hier der Einsatz der Schüler und deren Familien, sowie des weitaus intensiveren Einsatzes von Ilse Henneberg, deutlich.

Nach der Arbeit zur Ausstellung hat der Kurs vor einem Jahr begonnen, Briefkontakt zu ungarischen Jüdinnen aus Győr aufzunehmen, die im Lager Obernheide, einem Außenlager von Neuengamme, inhaftiert waren. Die Lebensläufe der Frauen sollen in Form eines Buches herausgegeben werden. Ungarische Schüler aus der Morà-Schule in Győr, der Partnerschule der KGS, arbeiten an diesem Projekt mit. Zudem soll der Erinnerungsbericht von Lilly Kertész, einer »Frau von Obernheide«, im DONAT Verlag Bremen, herausgegeben werden. Der Projektkurs wird den Bericht mit Schülerinformationen, Dokumenten und Fotos ergänzen. Ein Kunstkurs entwirft das Cover und die Multimedia-AG der KGS gestaltet das Layout des Buches.

Gliederung der Ausstellung

Die Ausstellung beinhaltet insgesamt 24 Schautafeln. Der erste Teil, die detaillierte Beschreibung des Einlieferungsvorganges und der gezielten Entmenslichung, wird auf 16 Tafeln gezeigt. Auf den folgenden fünf Tafeln werden die Besonderheiten der Konzentrationslager Buchenwald, Neuengamme, Dachau, Bergen-Belsen und Ravensbrück dargestellt, deren Gedenkstätten wir besuchten. Diese bilden den Mittelteil. Der dritte Teil zeigt Selbstzeugnisse und Lebensläufe Überlebender. Eingeleitet wird dieser durch die Worte von Ilse Stephan: »Ich bin wieder Mensch!« Diese Menschlichkeit und Offenheit hat uns bei den Besuchen sehr geholfen. Das herzliche Entgegenkommen der Überlebenden hat uns in unserer Arbeit sehr unterstützt und half uns, uns bei der nicht immer leichten Arbeit neu zu motivieren. Durch den Kontakt zu den Überlebenden wurde uns nochmals deutlich, wie wichtig es ist, zu erinnern.

Die Zeitzeugen setzen ihre Hoffnung in die heutige Jugend, die Verbrechen der SS nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

*Antje Ahrends,
Antje Burat und
Julia Vehmeyer
arbeiteten an der Aus-
stellung »Vom Namen
zur Nummer« mit.
In der 11. Klasse
begannen sie die Arbeit
im Projektkurs
»Spurensuche«.
Im Juni dieses Jahres
beendeten sie die
Schule mit dem Abitur,
sie versuchen jedoch,
weiterhin mit dem
Projektkurs zusam-
menzuarbeiten und
haben bereits ein
neues Projekt geplant.*

Kontaktadresse:

*KGS Stuhr-Brinkum
Ilse Henneberg
Brunnenweg 2
28816 Stuhr-Brinkum*

Hinweis auf das Buch zur Ausstellung:

*Ilse Henneberg (Hrsg.)
»Vom Namen zur Nummer«
Donat Verlag Bremen, 1996
ISBN 3-931737-14-4*

Arbeitsgemeinschaft Spurensuche in der Südharzregion gegründet

Neue Forschungsgemeinschaft und weitere Veranstaltungen zur NS-Geschichte am Südharz

Am 18. April 1997 haben sich in Dora interessierte Personen aus dem Südwest- und Südharz getroffen und über die NS-Geschichte und ihre Auswirkungen in der Region diskutiert. Neben der Forschung und Dokumentation will die Gruppe Veranstaltungen und die episodische Herausgabe von Schriften vorbereiten oder initiieren. Die Gruppe wird sich als »Arbeitsgemeinschaft Spurensuche in der Südharzregion« unregelmäßig vier mal im Jahr treffen.

Massenhafte Verletzung der Völker- und Menschenrechte und ein wichtiges Fundament der heutigen industriellen Entwicklung am Südharz: beides geht auf die Jahre 1943–45 zurück und hat seine Spuren in der Landschaft, bei den Menschen und ihrer Geschichte, in Denkmälern und in der Literatur hinterlassen.

Die Geschichte an ihren Orten aufzuspüren und festzuhalten ist das Ziel von Initiativen der Niedersächsischen und der Thüringischen Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Mittelbau Dora, jenem Ort, von dem die unselige Entwicklung der letzten Kriegsjahre in die gesamte Südharzregion ausstrahlte. Mehrtägige Seminare im Dezember in Wolkenried und im April in Ilfeld setzen neue Impulse für die historische Regionalforschung.

Anschrift:

*Arbeitsgemeinschaft Spurensuche in der Südharzregion p/A
Gedenkstätte Mittelbau-Dora*

Herrn Dr. Mußmann

Kohnsteinweg 20

99734 Nordhausen

Die Wissenschaft "Ich zieh den Hut,
weil man den Teufel fürchten thut!"
Erdart "Herr Schultz, der stets nur trank
Den Wein als Wasser, sei wohl krank
Und auch verrückt, jedoch nicht dumm
Und droh' dem blödem Publikum
Gemeingefährlich um so mehr,
Je grösser seine Schlaueheit war.
Deshalb sei es probatum, gut,
Wenn man ins Nartenhaus ihn tut.
Ihn stets dort lässt, bis er krepirt,
Ihn wissenschaftlich Dann sezirt.
Auch sei er dort zum Zeitvertreiben
Verdammt zu zeichnen und zu schreiben
Die Lebensläufe aller Diebe,
Der Zuchthausbrüder ihr Geirbe,
Der Thaten aller Potatoren
Die sich durch Soff und Weib verloren
Kurzum der Psychatrie stets dienen,
Soll er, und zwar mit heilern Mienen,
Bis Dann geheilt von allem Wahn
Er endet seine Lebensbahn.
Als diesen Spruch Herr Schultz vernahm,
Da ward er seinem Leben gram.

August Kier, um 1910

HAUS ^{DES}
EigenSINN^S



Haus des Eigensinns

Warum die Prinzhornsammlung in der Tiergartenstraße 4 ein Museum bekommen soll
von René Talbot

Aktion T4 *Tiergartenstraße 4, Ehre den vergessenen Opfern*



Stadtvilla Tiergartenstr. 4

An dieser Stelle, Tiergartenstrasse 4, wurde ab 1940 der erste nationalsozialistische Massenmord organisiert, genannt nach dieser Adresse „Aktion T4“.

Von 1939 bis 1945 wurden fast 200 000 wehrlose Menschen umgebracht. Ihr Leben wurde als „lebensunwert“ bezeichnet, ihre Ermordung hieß „Euthanasie“. Sie starben in den Gaskammern von Grafeneck, Brandenburg, Hartheim, Pima, Bernburg und Hadamar, sie starben durch Exekutionskommandos, durch geplanten Hunger und Gift. Die Täter waren Wissenschaftler, Ärzte, Pfleger, Angehörige der Justiz, der Polizei, der Gesundheits- und Arbeitsverwaltungen. Die Opfer waren arm, verzweifelt, aufsässig oder hilfsbedürftig. Sie kamen aus psychiatrischen Kliniken und Kinderkrankenhäusern, aus Altenheimen und Fürsorgeanstalten, aus Lazaretten und Lagern. Die Zahl der Opfer ist groß, gering ist die Zahl der verurteilten Täter. (*Inskription der T4-Gedenkplatte*)

Die Prinzhornsammlung *Zeugnis wahnsinniger Schönheit*

In der Prinzhornsammlung sind rund 6000 Zeichnungen, Aquarelle, Texte und Plastiken von Insassen psychiatrischer Anstalten aus dem gesamten deutschsprachigen Raum von 1880 bis 1933 dokumentiert. Sie gelangte durch das 1922 veröffentlichte Buch „Bildnerei der Geisteskranken“ zu großer Bekanntheit. Avantgardistische Künstler ließen sich von diesem unmittelbaren Schaffen inspirieren – so wurde z.B. der Expressionist Paul Klee hier auf der Suche nach den „Urfängen der Kunst“ fündig. Diese Zusammenhänge dienten den Nationalsozialisten dazu, die moderne Kunst als ebenso „entartet“ darzustellen wie die Menschen in der Psychiatrie.

Mahnmal und Museum am Ort des Verbrechens: Bis heute befindet sich dieses historische Zeugnis von der Kreativität gesellschaftlich Stigmatisierter im Keller der Psychiatrischen Klinik der Universität Heidelberg – obwohl sie die Werke niemals rechtmäßig erworben hat, wie ein Rechts-Gutachten von Prof. Dr. Raue beweist. Der Sammlung gerade in der Tiergartenstraße 4 ein Museum zu schaffen, verwirklicht einen öffentlichen Hinweis – ein Denk Mal – an die ersten Opfer systematischer Massenvernichtung in Deutschland.

Der konzeptionelle Hintergrund

Die Tiergartenstr. 4 ist ein anderer Ort als z.B. Grafeneck, die erste funktionierende Mordfabrik der Aktion T4, sondern ähnlich wie das Haus der Wannseekonferenz ein „abstrakterer“ Ort: Da saßen die Schreibtischtäter, und hier wurde der zivilisatorische Abgrund geplant und organisiert. Es geht – meiner Ansicht nach – an diesem Ort um den „Geist“, der dahinter-

steckt, um die kulturelle Einbettung dessen, was in Grafeneck und im Anschluß daran in Belzec, Treblinka usw. vollstreckt wurde.

Die Bilder der Prinzornsammlung befinden sich im Keller der Psychiatrie Heidelberg, **der Psychiatrie der Universität des „berühmten“ Carl Schneider** (**der wissenschaftliche Schrittmacher der Aktion T4, dem kein Hirn eines ermordeten Patienten warm genug auf den Seziertisch kommen konnte, um mal rein zu peepen**).

Sie wurden bösgläubig erworben: Psychiater haben Menschen entmündigt, und ihnen dann das, was sie geschaffen haben – inzwischen wertvoll gewordene Bilder – weggenommen, obwohl doch gerade sie die rechtliche Verfügungsgewalt in die Hände von Vormündern gelegt hatten, von denen sie die Zustimmung dazu hätten einholen müssen.

Nach dem Ausstellungskatalog der Prinzornsammlung sind definitiv allermindestens drei der Künstler, Franz Karl Bühler, Josef Heinrich Grebing und Paul Goesch, der Aktion T4 zum Opfer gefallen. Die Bilder der Prinzornsammlung befinden sich in der Institution der geistigen Väter der Mörder ihrer Maler, an sich schließt das eine weitere Verfügungsberechtigung aus.

Wer will schon ein Holocaust Museum der Psychiatrie. So etwas würde auch kaum einer besuchen wollen. Letztendlich kann sich niemand mit einem Leichenberg identifizieren. Aber verstehen, **wer** vernichtet wurde, und was die gedanklichen Zusammenhänge sind, das ist das Ziel dieser Initiative. Es soll ein Leichtes sein, in das Denk Mal, das Museum, zu gehen: der Berührung durch die Geschichte der Menschen, die die Maler repräsentieren, wird man sich nicht entziehen können, insbesondere da ein 500 m² großes öffentliches Foyer vorgesehen ist, um dem Besucher diese Geschichte der Ausgrenzung der „Entarteten“ zu erzählen.

Es gibt weitere gute Gründe für dieses Konzept: Nichts erinnert mehr an das alte Gebäude in der Tiergartenstr. 4, alles Authentische ist getilgt. Bis 1989 sogar ungetrübt durch eine Gedenkplatte, hat sich das Umfeld der Tiergartenstr. 4 zu einer völlig neu gestalteten Stadtlandschaft, dem »Kulturforum«, entwickelt, die Philharmonie, das Kunstgewerbemuseum mit dem Welfenschatz und weitere Institutionen der Stiftung preußischer Kulturbesitz sind hier zuhause. Und die Neue Nationalgalerie, eine Moderne, die von den Nazis mit Irrenhauskunst als „entartet“ versucht wurde zu denunzieren, mit Bildern aus der Prinzornsammlung, das ist die ästhetische Dimension dieser Mordgesellschaft. Noch aber fehlt der Schritt von der Seite der Kunst aus, die Nähe zu psychiatrisiertem Denken zuzulassen, das Ende eines Verständnisses, daß man durch Irrenkunst denunzierbar sein soll, und ein menschliches, kein professionell therapeutisches Interesse an Irren bzw. psychiatrisierten Menschen.

In diesem Kontext, im kulturellen Herzen der Hauptstadt Berlin, gleich um die Ecke von den zentralen Institutionen der Demokratie in

Ohne Titel, zw 1909 u. 1916

Franz Karl Bühler, 1940 ermordet in Grafeneck



Deutschland, ist die Tiergartenstraße 4 ein Ort, der sich jedem einprägen soll, weil ein Denk Mal ihn daran erinnert. Das Denk Mal soll konkretisieren, daß gerade das, was die Mörderbande auszurotten versuchte, gerade das von ihr als „entartet“ Denunzierte, ihren Platz eingekreist und markiert hat, und vielleicht gelingt es damit sogar, ihren Ansatz ein Stück weit zu bannen, in gewisser Weise den Versuch eines „kultisch“ beschwörerischen Akts zu unternehmen, weil das Geschehen sowieso nur beschränkt der Rationalität zugänglich ist.

Die Konzeption

Kern des Museums: Permanente Ausstellung eines möglichst großen Teils der Prinzhornsammlung im geschichtlichen Kontext von Berlin.



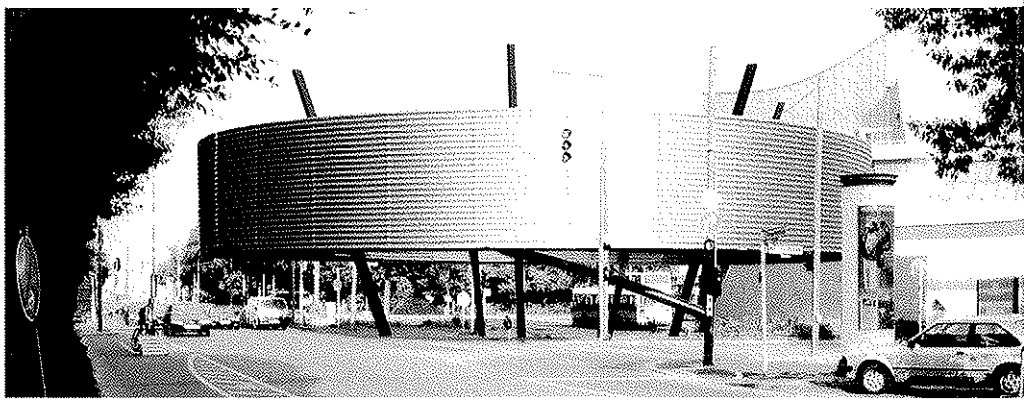
Modell-Aufsicht

Ort: Als T4 Denk Mal, Tiergartenstr. 4, (Philharmonie), das Museum soll vor allem ein Symbol der Mitmenschlichkeit gegen das Denken in Kategorien von „Entartet“ sein. Der bereits vorliegende architektonische Entwurf symbolisiert den Bannkreis-Kranz um die imaginäre Villa der Aktion T4, einen phantastischen Gedankenringtransformator mit 1335 m² Nutzfläche.

Inhaltliche Einbindung: Die Prinzhornsammlung soll als Besitzer dem Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener (BPE) übergeben werden, der sich bei der Übernahme aus dem Besitz der Psychiatrie Heidelberg auf Dauer bindend verpflichtet, die Sammlung zusammenzuhalten und in Berlin permanent auszustellen.

- Das Haus des Eigensinns soll sich in einer engen Zusammenarbeit und Abstimmung mit der „Topographie des Terrors“ und dem „Haus der Wannseekonferenz“ etablieren.
- Es sollte als sinnvolle Ergänzung zu diesen Gedenkstätten verstanden werden, da es ein neues Gedankengeflecht aufmacht.
- Es ist ein Projekt für Besucher als „intellektuelle Zeugen“, Zeugen zweiten Grades, die die Geschichte vermittelt erfahren (Begriff von Geoffrey Hartman).

Und was dazu gehört: ca. 500 m² öffentliches Foyer zur Dokumentation der Aktion T4; Galerie aktueller Kunst von Betroffenen – erste Adressen: Blaumeier Atelier (Bremen), Gruppe Durchblick (Leipzig), Gruppe Navratil (Wien); Bibliothek und Buchladen; Cafeteria, Catering bei Konferenzen



Finanzierung: Da eine zweckgebundene Spende für den Bau des Gebäudes akquiriert werden konnte, müssen Mittel nur noch für Werbung und Anlaufkosten mobilisiert werden. Das Land Berlin muß den Grund und Boden freigeben und für die Bauerlaubnis sorgen. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz sollte bei der professionellen Exponierung und Konservierung kooperativ beteiligt sein.

Der rechtliche Rahmen des Haus des Eigensinns

Eigentümer des Gebäude soll eine Stiftung sein. Das Eigentum des Grundstücks sollte ebenfalls dieser Stiftung übergeben werden, denkbar wäre auch ein langfristiger Erbpachtvertrag mit dem derzeitigen Eigentümer, dem Bezirk Tiergarten. Zweck der Stiftung ist der Bau des Gebäudes und die Garantie des Konzepts des Haus des Eigensinn.

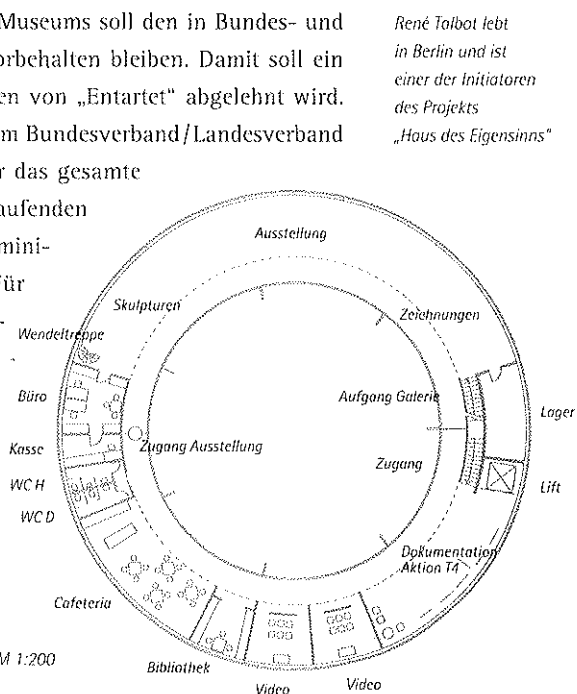
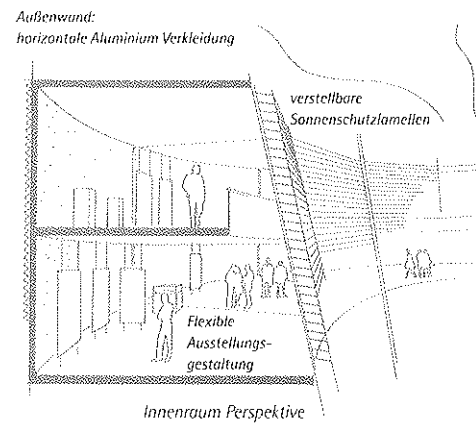
Der Name der Stiftung soll der Name eines verstorbenen besonders berühmten Psychiatrisierten dieses Jahrhunderts sein, der rechtlich keine Probleme macht. In der engeren Wahl sind: Vincent van Gogh und Kurt Gödel.

Organe der Stiftung: Stiftungsrat als oberstes Organ; Geschäftsführer/in, dieser wird vom Stiftungsrat mit Prokura autorisiert. Bei Gründung der Stiftung wird ein Betrag gestiftet, der zum Bau des vorgeschlagenen Museums reicht. Dieser Betrag wird durch einen verbindlichen Kostenvoranschlag für den Bau beziffert. Der gestiftete Betrag bleibt für 5 Jahre in der Verfügung der Stiftung. Wenn nach Ablauf der 5 Jahre keine Grundsteinlegung erfolgt ist, fällt der Stiftungsbetrag incl. der in dieser Zeit erwirtschafteten Zinsen an den Stifter zurück und die Stiftung hat ihren Zweck verfehlt.

Die Präsentation der Ausstellung und der Betrieb des Museums soll den in Bundes- und Landesverbänden organisierten Psychiatrie-Erfahrenen vorbehalten bleiben. Damit soll ein Zeichen gesetzt werden, daß ein Denken in den Kategorien von „Entartet“ abgelehnt wird. Deshalb soll nach dem Bau des Haus des Eigensinns mit dem Bundesverband/Landesverband Psychiatrie-Erfahrener ein langfristiger Mietvertrag über das gesamte Objekt abgeschlossen werden und der Mieter muß für die laufenden Unterhaltskosten Sorge tragen. Der Mietpreis soll nur die minimalen Verwaltungskosten der Stiftung kompensieren. Für eine zusätzliche Aufstockung der Stiftung zu einer Preisvergabe soll in der Stiftungssatzung die Möglichkeit offengehalten werden.

Wenn Sie dieses Projekt unterstützen möchten, wenden Sie sich bitte an das Büro der Initiative:

Werner-Fuß-Zentrum, Scharnweberstraße 29,
10247 Berlin, Fax: 030 / 782 89 47



René Talbot lebt
in Berlin und ist
einer der Initiatoren
des Projekts
„Haus des Eigensinns“

Veranstaltungshinweise

Berlin, 25.–29. August 1997

»Vom Flugblatt zum Attentat – Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Berlin.«

Einwöchige Bildungsurlaubsveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Arbeit und Leben, Keithstraße 1–3, 10787 Berlin, Tel. 030-211 90 07,

Fax 030-217 73 33

Gedenkstätte Hadamar, 13. September 1997

Lesung: Winfried Seibert: Das Mädchen, das nicht Esther heißen durfte.

Gedenkstätte Hadamar, Mönchberg 8, 65589 Hadamar, Tel. 06433-917-0

Gedenkstätte Hadamar, 27. September 1997

Seminar: Konfrontationen – Ein Brückenschlag zwischen Gestern und Heute.

Gedenkstätte Hadamar, Mönchberg 8, 65589 Hadamar, Tel. 06433-917-0

DIZ Stadtallendorf, September/Oktober 1997

Vortragsreihe zum Thema Rüstungsindustrie und Technik im Nationalsozialismus – Legenden und Wirklichkeit

18. September: Dr. Olaf Mußmann, KZ-Komplex Mittelbau-Dora und die »V«-Waffenproduktion

2. Oktober: Eckhard Gruber: Mythos Reichsautobahn

16. Oktober: Dr. Thomas Vollmer: Rüstungsindustrie in Kassel: Die Panzerschmieden Wegmann und Henschel

Alle Dia-Vorträge mit anschließender Diskussion finden um 20 Uhr im DIZ statt.

DIZ Stadtallendorf, Aufbauplatz 4, 35260 Stadtallendorf, Tel. 06428-707 62

Evangelische Akademie Loccum, 3.–5. Oktober 1997

»...daß Schuld auf unserem Wege liegt« – Die Hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus.

Evangelische Akademie Loccum, Frau Daniel, Postfach 2158,

31545 Rehburg-Loccum, Tel. 05766-81-0, Fax 06766-811 28

Villa Merländer e.V. Krefeld, 24./25. Oktober 1997

Verfolgung der Roma und Sinti während der Zeit des Nationalsozialismus in Krefeld und am linken Niederrhein

NS-Dokumentationsstelle der Stadt Krefeld, Postfach 2740, 47727 Krefeld,

Tel. 02151-50 35 53 (Anrufbeantw.), oder 02151-86 25 66, Fax 02151-75 42 77

Gedenkstätte Hadamar, 1. November 1997

»Hier gibt es keine Schmetterlinge« – Kinderspiele im Holocaust

Gedenkstätte Hadamar, Mönchberg 8, 65589 Hadamar, Tel. 06433-917-0

Gedenkstätte Ravensbrück, 18.–23. November 1997

Gedenken – Forschen – Lernen: neue Fragen zur Gedenkstättenarbeit.

Ein Fortbildungsseminar für Pädagoginnen und Pädagogen

Anmeldung: Humanistische Union NRW, Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen,

Tel. 0201-22 79 82, Fax 0201-23 55 05

Arbeit und Leben Berlin, 3.–7. November 1997

Der 9. November in der deutschen Geschichte.

Einwöchige Bildungsurlaubsveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte

Deutscher Widerstand

Arbeit und Leben, Keithstraße 1–3, 10787 Berlin, Tel. 030-211 90 07,

Fax 030-217 73 33

Jugendbegegnungsstätte Buchenwald, 17.–19. November 1997

Fachtagung: Projekte mit Jugendlichen in der Gedenkstättenarbeit.

Anmeldung: Hessischer Jugendring, Bismarckring 23, 65183 Wiesbaden

Bildungswerk für Friedensarbeit, Bielefeld

Das Bildungswerk für Friedensarbeit, Bielefeld bietet im Herbst verschiedene Seminarreisen und Bildungsveranstaltungen an (z.B.: Zwei Kapitel der ungarischen Geschichte: Deportation und Vernichtung ungarischer JüdInnen, Der Aufstand von 1956/15.–23. November; Antifaschistischer Widerstand in Prag/12.–19. Oktober).

Informationen erfragen bei: Bildungswerk für Friedensarbeit, Alfred-Bozi-Straße 10, 33602 Bielefeld, Tel. 0521-17 91 48

Ausstellungen

Kinder im KZ Theresienstadt: Bilder & Gedichte

Gedenkstätte Hadamar vom 1. November bis 8. Dezember 1997

Gedenkstätte Hadamar, Mönchberg 8, 65589 Hadamar, Tel. 06433-917-0

Ausstellungseröffnung: 1. November, 18.30 Uhr

Öffnungszeiten: Di, Mi, Do 9–16 Uhr, Fr 9–13 Uhr

Zusatzprogramm: 29. November, 14.30 Uhr der Film »Brundibar«

Wanderausstellung

Unter Vorbehalt. Rückkehr aus der Emigration nach 1945

Die Geschichte der »Rückkehr aus der Emigration« ist in ihrer Bedeutung für die Nachkriegsgeschichte bisher kaum bearbeitet. Die im Frühjahr 1997 zuerst in Köln gezeigte Ausstellung des Vereins EL-DE-Haus macht auf eine Thematik aufmerksam, die sowohl auf die bis heute unzureichende Bewältigung der NS-Vergangenheit als auch auf die aktuellen Dimensionen des Themas Flucht, Vertreibung und Rückkehr verweist. Im Zentrum der aus fünfzig Tafeln bestehenden Ausstellung stehen dreißig Biographien von Menschen, die nach 1945 in das Land ihrer Verfolgung zurückkehrten. Ihre »Heimkehr in die Fremde« erfolgte meist unter starken Vorbehalten und war oft nicht endgültig. Bezugsrahmen des Lebens nach der Rückkehr werden in Texten, Dokumenten und Fotos zum Wiederaufbau jüdischer Gemeinden, der Re-Organisation demokratischer Parteien und Gewerkschaften und den Nachkriegsbedingungen künstlerischer und wissenschaftlicher Arbeit dargestellt. Weitere Tafeln thematisieren die Spuren der NS-Vergangenheit in der Nachkriegsgesellschaft und den Umgang mit den aus der Emigration Zurückkehrenden.

Der gleichnamige Katalog dokumentiert die Ausstellung und enthält darüberhinaus Interviews und Aufsätze zu verschiedenen Aspekten des Themas Exil und Remigration.

Information und Verleih: Verein EL-DE-Haus e.V., c/o Holger Ehlers,
Leichlingerstraße 9, 51379 Leverkusen, Tel. und Fax 02171-26 75

Täter in Auschwitz

Perpetrators at Auschwitz

Die Ausstellung »Täter in Auschwitz« stellt den Versuch dar, sich (endlich) mit der eigenen Funktion als Land der Täter auseinanderzusetzen.

Gestärkt durch die positive Resonanz der Ausstellung »Verbrechen gegen die Menschheit« des Staatlichen Museums Auschwitz und die immer wieder gestellte Frage »Wer waren die Täter, was waren das für Menschen?« hat der »Verein zur Gründung der Stiftung Auschwitz« eine Ausstellung zum Auschwitzprozeß konzipiert und erstellt, die den Titel »Täter in Auschwitz« trägt.

Der Frankfurter Auschwitzprozeß 1963 bis 1965 war der größte Prozeß, der vor einem deutschen Gericht gegen Naziverbrecher geführt wurde. Daß er zustande kam, ist insbesondere drei Personen zu verdanken.

Hermann Langbein, ehemaliger Häftling in Auschwitz:

Als Generalsekretär des Internationalen Auschwitz-Komités in Wien sorgte er dafür, daß deutsche Behörden Ermittlungen gegen die späteren Angeklagten aufnahmen und vorantrieben.

Thomas Gnielka, Journalist der Frankfurter Rundschau:

Er übergab der Oberstaatsanwaltschaft Frankfurt im entscheidenden Augenblick ein Dokument, das er von seinem jüdischen Bekannten Emil Wulkan erhalten hatte. Es handelte sich um eine Liste mit den Namen von Auschwitz-Häftlingen, die »auf der Flucht erschossen« worden waren, zusammen mit den Namen ihrer Mörder.

Fritz Bauer, Oberstaatsanwalt in Frankfurt:

Er sorgte dafür, daß die Ermittlungen energisch vorangetrieben wurden, daß der Prozeß nach Frankfurt kam und dort trotz aller Schwierigkeiten durchgeführt werden konnte.

Die Ausstellung besteht aus 23 Schautafeln, zehn dieser Tafeln enthalten Fotos von Tätern ergänzt mit Auszügen aus der Dokumentation »Der Auschwitzprozeß« von Hermann Langbein, neuverlegt bei Gutenbergs Büchergilde und dem Verlag Neue Kritik. Weitere Tafeln enthalten Informationen zur Geschichte des Konzentrationslagers Auschwitz und Auschwitz-Birkenau, zur Geschichte des Prozesses mit Prozeßbeginn, Prozeßorte, Sitzordnung im Römer am ersten Verhandlungstag, Täter während der Prozeßpause, sowie eine Tafel zum Thema »Befehl und Gehorsam ohne Rücksicht auf Recht und Gewissen«. Vier weitere Tafeln zeigen die Angeklagten auf dem Weg zum Prozeßort und zurück. Zwei Tafeln präsentieren Häftlingszeichnungen aus dem Museum Auschwitz und eine Tafel zeigt die internationale Presse mit Günter Schindler, der die Fotos dieser Ausstellung während des Prozesses gemacht hat. Zwei großformatige gerahmte Fotos zeigen die Auschwitzskulptur »Deklaration eines lebenden Juden« des israelischen Künstlers Dr. Dan Richter-Levin vor dem Konzentrationslager Auschwitz I, dem Stammlager. Ein kleineres Pendant dieser Skulptur aus Eisen rundet die Ausstellung ab.

*Ein gleichnamiger
Ausstellungskatalog
kann bezogen
werden über:
Verein zur Gründung
der Stiftung Auschwitz
e.V., Funckstraße 18,
D-60486 Frankfurt/M.*

Die deutschsprachige Version wurde mit Unterstützung des Landtages von Nordrhein-Westfalen zum 50. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz in Düsseldorf zum erstenmal gezeigt. Die Ausstellung wurde inzwischen in Düsseldorf, Frankfurt a.M., Neuwied, Graz (Österreich) und in Gießen gezeigt.

Mittlerweile ist eine englische Version mit großem Erfolg in Israel zu sehen. »Auf diese Ausstellung habe ich jahrelang gewartet«, war die anerkennende Reaktion der Kulturreferentin der Bezirksverwaltung von »Emek Hefer«, nahe Tel Aviv. Auch diese Ausstellung ist als Wanderausstellung konzipiert worden und wird noch einige Zeit in Israel gezeigt werden. Besucht wurde die Ausstellung in den ersten 14 Tagen von ca. 3 000 Israelis.

Weitere Ausstellungen im Osten der Bundesrepublik sowie in anderen europäischen Ländern und den USA sind geplant.

Verein zur Gründung der Stiftung Auschwitz

Die Opfer nicht vergessen, darum die Täter kennen

Der »Verein zur Gründung der Stiftung Auschwitz« in Deutschland ist der Versuch einer Handvoll Menschen, diese doppelte Aufgabe als Erbe unserer deutschen Geschichte zu verstehen und zu leben.

Der Verein besteht seit nunmehr 6 Jahren und hat sich zum Ziel gesetzt, einer breiten Öffentlichkeit authentisches Informationsmaterial zur jüngsten deutschen Geschichte zugänglich zu machen. Hierzu gehören neben Veranstaltungen und Gesprächsrunden, mit leider immer weniger Zeitzeugen, auch die Präsentation von Ausstellungen. 1993 hat der Verein in Deutschland die UN-Ausstellung »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« eine Dokumentation des Staatlichen Museums Auschwitz zu dem Geschehen in Auschwitz in Bochum, Wiesbaden (Landtag), Frankfurt a.M., Gießen und Stendal gezeigt.

Arbeiten zum Thema Verfolgung und Deportation und eine Rauminstallation zum Thema Bücherverbrennung

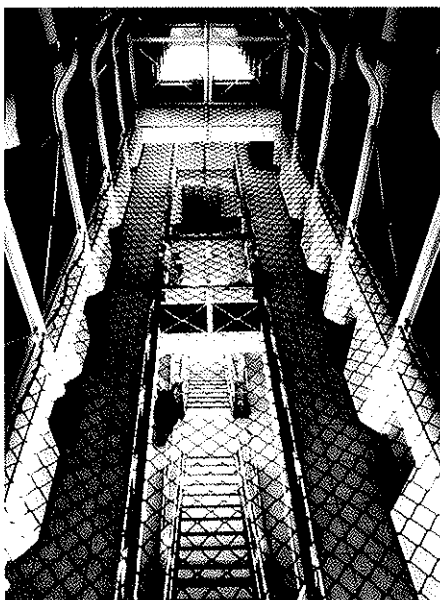
Ausstellung O.T. (ohne Titel) in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund

von Hans-Wilhelm Bohrich

Mit der Ausstellung O.T. (ohne Titel) in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache war in Dortmund vom 25. Mai bis zum 13. Juli 1997 erstmals eine größere Auswahl der Arbeiten des Selmer Künstlers Heinz Cymontkowski zu sehen. Der 1954 geborene Künstler bezieht mit seinen Arbeiten Stellung gegen alle Formen des alten und immer wieder neuen Nazismus und Totalitarismus. Insbesondere beschäftigen ihn die Schicksale politisch Andersdenkender und jüdischer Menschen in den Jahren 1933 bis 1945 in Deutschland.

In den Fluren der Steinwache waren, vom Keller bis zum dritten Obergeschoß, Ölgemälde zum Thema »Verfolgung und Deportation« zu sehen.

Die Menschen, die Cymontkowski dargestellt hat, zählen zu den Gequälten, Verachteten, Verfolgten – zu den Außenseitern der Gesellschaft des nazistischen Deutschland von 1933 bis 1945. Vor den ehemaligen Zellen, in denen die ständige Ausstellung »Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 bis 1945« zu sehen ist, kontrastierten auf den Fluren die expressiven Bilder die künstlerische Auseinandersetzung des Malers mit einem noch immer unbewältigten Kapitel der deutschen Geschichte. Gleichzeitig möchte Heinz Cymontkowski seine Arbeiten aber auch als politischen Aufruf an unsere Gesellschaft verstanden wissen, gegenüber Minderheiten, politisch Andersdenkenden und Fremden das Prinzip der Toleranz und Akzeptanz zu üben.



Treppenhaus
der Mahn- und
Gedenkstätte
Steinwache Dortmund
Foto:
Stadtarchiv Dortmund

Die Farbe hat der Künstler zum Teil mit Spachteln und den Händen aufgetragen, so daß Linien und Einritzungen durch die Gesichter verlaufen. Es handelt sich um Köpfe, die mehr den Schädel als ein Gesicht erkennen lassen, die so viel erleiden mußten, daß das Leben schon fast in ihnen erloschen scheint. Dominierend sind Braun- und Rottöne, wobei das Rote in Form eines Dreiecks oder als durchgehende Linie mit den Gesichtern kontrastiert wird.

Auf einem Bild hat Cymontkowski eine Mutter mit ihrem Kind dargestellt, wobei man allerdings nur hypothetisch davon ausgehen kann, daß es sich um eine Mutter handelt. Auch diese beiden Menschen hat die Qual der Angst fast geschlechtslos gemacht.

Andere Bilder dokumentieren Körperfragmente – Hände oder weit ausgebreitete Arme – tiefe Verzweiflung und die Hilferufe, die niemand hörte oder hören wollte.

Die Plazierung der Bilder in den engen Fluren der Steinwache machten dem Besucher eine Distanz zu den Arbeiten fast unmöglich und forderten damit jedermann zur eigenen Auseinandersetzung mit dem Thema auf.

Rauminstallation zum Thema Bücherverbrennung

Vor 64 Jahren, am 10. Mai 1933 – nur drei Monate nach der sogenannten »Machtübernahme« – fanden in Berlin und vielen anderen Hochschulstädten öffentliche Bücherverbrennungen statt. Verbrannt wurden Bücher, die von den Nationalsozialisten als »Schriften der Unmoral und Zersetzung« geschmäht wurden. Hierunter befanden sich Werke berühmter Persönlichkeiten, wie Albert Einstein, Thomas und Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger und Anna Seghers – um nur einige zu nennen.



Heinz Cymontkowski:
O.T. (ohne Titel)
Arbeiten zum Thema
Verfolgung und
Deportation und eine
Rauminstallation
zum Thema
»Bücherverbrennung«
Foto: Stadtarchiv
Dortmund

Im Beisein von Dr. Joseph Goebbels, dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, verbrannten Studenten auf dem Opernplatz in Berlin über 20 000 Bücher. Kapellen verschiedenster NSDAP-Organisationen spielten Marschmusik, während Vertreter der Studentenschaft Phrasen deklamierten: »Gegen Frechheit und Anmaßung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist! Verschlinge Flamme, auch die Schriften der Tucholsky und Ossietzky...«

Nur zwei Jahre später formulierte eben dieser Carl von Ossietzky, der von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordete Friedensnobelpreisträger, jene Sätze, die Cymontkowski zum Anlaß nahm, in der Zelle 18 der Steinwache eine Rauminstallation zum Thema Bücherverbrennung zu erarbeiten: »Ob wir überleben, ist weder sicher, noch die Hauptsache. Wie man später von uns denken wird, ist so wichtig wie, daß man an uns denken wird. Darin liegt auch unsere Zukunft. Danach müssen wir leben, solange wir atmen. Ein Deutschland, das an uns denkt, wird ein besseres Deutschland sein.«

In der Zelle 18 der Steinwache war ein vom Boden bis an die Decke reichendes riesiges Knäuel von 1000 m Stacheldraht zu sehen, welches den Zugang zu einem Bücherregal versperrte, das über 100 Originalausgaben der von den Nationalsozialisten verfeimten Autoren enthält. Die Installation ist Cymontkowskis Antwort auf die Bücherverbrennung: »Stahl und Papier, dies ist für mich eine Kombination, die für sich selbst spricht!«

Cymontkowskis Ausstellung zeigt, wie Verfolgung begann – mit der Unterdrückung des Geistes – wie sie mit Deportation fortgesetzt wurde und in millionenfachem Mord endete.

H.-W. Bohrisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund.



*Heinz Cymontkowski:
O.T. (ohne Titel)
Arbeiten zum Thema
Verfolgung und
Deportation und
eine Rauminstallation
zum Thema
»Bücherverbrennung«
Foto:
Stadtarchiv Dortmund*

Forschung

Forschungsprojekt über Hilfe für verfolgte jüdische Menschen

Als am 30. November 1941 der Familie Foß aus der Pestalozzistraße die Deportation drohte, erwies sich die Bekanntschaft mit der kaufmännischen Angestellten Helene von Schell als Rettungsanker. In ihrer kleinen Wohnung in der Moabiter Waldstraße bot sie dem Vater, der Mutter und zwei Söhnen bis zur Befreiung im April 1945 ein Versteck zum Überleben. Daran erinnert eine Gedenktafel, die sich seit März 1996 an dem Wohnhaus der 1956 verstorbenen Helferin befindet.

Nur wenige solcher Fälle sind so bekannt und nicht alle Spuren sind leicht zu finden, denn viele Hilfsaktionen sind nicht dokumentiert. An diesem Desiderat setzt eine Forschungsgruppe an, die im April 1997 mit einer Untersuchung zur »Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland« begonnen hat. Das Projekt ist an dem von Prof. Dr. Wolfgang Benz geleiteten Zentrum für Antisemitismusforschung angesiedelt. Die zunächst auf zwei Jahre angelegte Forschungsarbeit geht auf die Initiative des Vereins »Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.« zurück.

Für die erstmals erfolgende überregionale Erfassung der Personen, die Verfolgten jüdischer Herkunft in der Zeit des Nationalsozialismus das Leben retteten, stehen rund 500 000 DM zur Verfügung. Diese Kosten werden je zur Hälfte von der Robert Bosch Stiftung (Stuttgart) und der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung (Essen) getragen.

Die im Rahmen des Projekts Beschäftigten – Dr. Beate Kosmala, Dr. Marie-Luise Kreuter und Dr. Kurt Schilde – haben sich als Ziel gesetzt, eine Datenbank zu erstellen: In ihr sollen u. a. die Namen und persönlichen Daten der Retterinnen und Retter sowie der Geretteten, Art, Umfang, Dauer und Motivation der Hilfeleistung sowie mögliche negative Folgen einerseits und nachträgliche öffentliche Anerkennung andererseits erfaßt werden. Mit diesen Daten können dann erstmals fundierte empirische Aussagen über Solidarität und Hilfe für jüdische Verfolgte vorgenommen werden.

Bisher sind von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem über zehntausend Personen als »Gerechte der Völker« geehrt worden, davon sind weniger als dreihundert aus Deutschland. Unter ihnen befinden sich bekannte Persönlichkeiten wie der früh gegen die Deportationen protestierende Pfarrer Dr. Heinrich Grüber, die Gräfin Maria von Maltzan, der Gewerkschafter Willi Bleicher, der Diplomat Ferdinand Georg Duckwitz und der Fabrikant Oskar Schindler. Es soll aber nicht nur um die bekannten Namen gehen, sondern in erster Linie versucht werden, die Spuren der »kleinen Leute« – die noch namenlosen Helferinnen und Helfer – zu finden. Hierzu wird die Bevölkerung aufgerufen, das Projekt über erfolgreiche wie mißlungene Hilfeleistungen zu informieren.

Kontakte:

Beate Kosmala, Tel. 030-31 42 54 67, e-mail: Kos@ZfA.KGW.TU-Berlin.de

Marie-Luise Kreuter, Tel. 030-31 42 40 76, e-mail: mlk@ZfA.KGW.TU-Berlin.de

Kurt Schilde, Tel. 030-31 42 40 86, e-mail: Schilde@ZfA.KGW.TU-Berlin.de

*Zu erreichen ist die
Forschungsgruppe
unter:
Technische Universität
Berlin – Zentrum für
Antisemitismus-
forschung
Sekt. TEL 36
Ernst-Reuter-Platz 7,
9. OG
D-10587 Berlin
Telefunkenhaus
Fax 030-31421136*

Fragebogen / Questionnaire

Neuere Forschungsvorhaben über
NS-Geschichte und Gedenkstätten
Forthcoming Research about
the Nazi-History and Memorial Museums

Name:

Straße / Street:

Postleitzahl, Ort / Zip Code, City:

Telefon-, Faxnummer / Phone, Faxnumber:

Arbeitstitel - Project title:

Institution (inhaltlicher Zusammenhang) / Affiliation:

Ergebnis (Buch, Artikel, Ausstellung mit Katalog, Dissertation, usw.)

Product (Book, Article, Exhibition with Catalogue, Dissertation, etc.):

Geplante Veröffentlichung (Datum, Ort) / Planned Publication (Date, Place):

Bitte zurücksenden an:

Stiftung Topographie des Terrors, Gedenkstättenreferat

Budapester Straße 40

D-10787 Berlin

Fax 030-26130 02

Literaturhinweise

Rürup, Reinhard (Hrsg.): 10 Jahre Topographie des Terrors. Berlin, Stiftung Topographie des Terrors: 1997, 64 S., zahlr. Ill.

(Die Broschüre kann bei der Stiftung Topographie des Terrors bestellt werden.)

Herbert, Ulrich: Werner Best: Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. (Vortrag vom 15. 5. 1997 im Martin-Gropius-Bau) Herausgegeben von der Stiftung Topographie des Terrors. Berlin, Arenhövel: 1997, 24 S., ISBN 3-922912-42-7.

(Die Broschüre kann bei der Stiftung Topographie des Terrors bestellt werden.)

Barzel, Amnon (Hrsg.): Leben im Wartesaal: Exil in Shanghai 1938–1947. Berlin, Jüdisches Museum im Stadtmuseum: 1997, 128 S., Ill. (Schriften des Jüdischen Museums) ISBN 3-910029-19-1.

(Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Jüdischen Museum im Martin-Gropius-Bau, Stresemannstraße 110, Berlin vom 4. Juli bis 24. August 1997)

Frühjahrstagung 1996 des Arbeitskreises zur Erforschung der Geschichte der »Euthanasie« und Zwangssterilisation vom 10. – 12. Mai 1996 in Bedburg-Hau. Herausgegeben im Auftrag des Arbeitskreises mit Beiträgen von Klara Nowak... Masch.-Skript, 90 S.

(Die Broschüre ist zu beziehen bei: Verein der Förderer des Heilpädagogischen Heimes Bedburg-Hau e.V., Schmelenheide 1, 47551 Bedburg-Hau)

Rose, Romani (Hrsg.): Das Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma. Heidelberg, Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma: 1997, 95 S., zahlr. Ill., ISBN 3-92446-08-1.

(Die Publikation ist über den Buchhandel zu beziehen oder direkt beim Dokumentationszentrum Bremeneckgasse 2, 69117 Heidelberg, Tel. 06221-981102.)

KZ-Gedenkstätte Neuengamme: Gedenkveranstaltungen zum 52. Jahrestag der Befreiung aus den Konzentrationslagern und des Kriegsendes im Mai 1997: Pressedokumentation, Reden. Hamburg, KZ-Gedenkstätte Neuengamme: 1997. (zu beziehen über die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Jean-Dolidier-Weg 39, 21029 Hamburg, Tel. 040-723 74 03, Fax 040-7237 45 25)

Reichel, Peter (Hrsg.): Das Gedächtnis der Stadt: Hamburg im Umgang mit seiner nationalsozialisti-

stischen Vergangenheit. Hamburg, Dölling und Galitz: 1997. (Schriftenreihe der Hamburgischen Kulturstiftung; 6) ISBN 3-930802-51-1

Landeseigene Gedenkstätten im Land Sachsen-Anhalt. Magdeburg, Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt: 1997, 32 S., Ill., (Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Lande Sachsen-Anhalt; 2) (Die Publikation ist zu beziehen über: Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Halberstädter Straße 2, 39112 Magdeburg.)

Fricke, Kurt: Die Justizvollzugsanstalt »Roter Ochse« Halle/Saale 1933–1945: eine Dokumentation. Magdeburg, Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt: 1997, 143 S., (Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Lande Sachsen-Anhalt; 3) (Die Publikation ist zu beziehen über: Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Halberstädter Straße 2, 39112 Magdeburg.)

Kounio-Amariglio, Erika Myriam: Pour que le monde entier sache: Thessalonique – Auschwitz et retour – 1926–1996. Bruxelles, Fondation Auschwitz: 1997, 151 S. (Bulletin trimestriel; no. Special 55)

Laqua, Carsten: Wie Micky unter die Nazis fiel: Walt Disney und Deutschland. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag: 1992, 251 S., zahlr. Ill. (rororo Sachbuch; 9104) ISBN 3-499-19104-0

Fings, Karola/Lissner, Cordula/Sparing, Frank: »... einziges Land, in dem Judenfrage und Zigeunerfrage gelöst«: die Verfolgung der Roma im faschistisch besetzten Jugoslawien 1941–1945. Köln, Rom e.V.: o.J., 140 S., Ill., ISBN 3-9803118-1-3

SBZ/DDR als Ausstellungsobjekt: Gedenkstätten-Seminar 28./29. November 1996 in Berlin. (Eine Veranstaltung der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße, der Arbeitsgemeinschaft 13. August und der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.) Berlin, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: o.J., 41 S., (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; 2) (zu beziehen über: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstraße 66, 13055 Berlin, Tel. 030-98 69 6102 bzw. 982 47 18, Fax 030-982 47 19)

Haeflten, Barbara von: »Nichts Schriftliches von Politik«: Hans Bernd von Haeflten; ein Lebensbericht. München, Beck: 1997, 99 S., ISBN 3-406-42614-X

Wiesner, Otto: LaBt nicht mehr zu, was wir an Last getragen: Sachsenhausen – Mauthausen – Moosberg; authentische Erzählungen. Stuttgart, Zeitungsverlag Roter Morgen: 1996, 357 S., ISBN 3-928666-20-7

Westermann, Claudia (Hrsg.): Aleksander Kulisiwicz: Adresse: Sachsenhausen; literarische Momentaufnahmen aus dem KZ Gerlingen, Bleicher: 1997, 183 S., Ill., ISBN 3-88350-731-8

Horstmann, Bernhard: Prinz-Albrecht-Strasse 8: der authentische Bericht des letzten Überlebenden von 1945. München, Langen Müller: 1997, 347 S., Ill., ISBN 3-7844-2467-8

Simon, Hermann (Hrsg.): Was vom Leben übrig bleibt, sind Bilder und Geschichten: Max Liebermann zum 150. Geburtstag; Rekonstruktion der Gedächtnisausstellung des Berliner Jüdischen Museums von 1936. Berlin: Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum«: 1997, 272 S., zahlr. Ill., ISBN 3-930929-06-6

Boll, Friedhelm (Hrsg.): Verfolgung und Lebensgeschichte: Diktaturerfahrungen unter nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft in Deutschland. Berlin, Berlin Verlag: 1997, 287 S., ISBN 3-87061-608-3

Schwarze, Gisela: Kinder, die nicht zählten – Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten

Weltkrieg. Essen, Klartext: 1997, 336 S., ISBN 3-88474-578-6

Donat, Helmut/Strohmeyer, Arn (Hrsg.): Befreiung von der Wehrmacht?: Dokumentation der Auseinandersetzung über die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944« in Bremen 1996/97. Mit Beiträgen von Ch. Dette... Bremen, Donat: 1997, 253 S., ISBN 3-931737-42-X

Fruchtmann, Karl: Die Grube – Drehbuch zu einem Film (ARD 1995 – Radio Bremen). Bremen, Donat: 1997, 120 S., (Ein Film über die Ermordung 90 jüdischer Kinder in der Ukraine) ISBN 3-931737-44-6

Wollenberg, Jörg: Den Blick schärfen – Gegen das Verdrängen und Entsorgen: Beiträge zur historisch-politischen Aufklärung. Bremen, Donat: 1997, 260 S., ISBN 3-931737-48-9

Engelbracht, Gerda: Der tödliche Schatten der Psychiatrie – Die Bremer Nervenklänik 1933–1945. Bremen, Donat: 1997, 205 S., ISBN 3-931737-18-7

Die Auschwitz-Hefte: Texte der polnischen Zeitschrift »Przeglad Lekarski« über historische, psychische und medizinische Aspekte des Lebens und Sterbens in Auschwitz. Herausgegeben vom Hamburger Institut für Sozialforschung. Hamburg, Rogner & Bernhard: 1995 (2. Aufl.), Bd. 1.2. Ergänzungsband, ISBN 3-8077-0282-2 (zu beziehen über: Zweitausendeins)

Herausgeber:

Stiftung Topographie des Terrors

Budapester Straße 40

D-10787 Berlin

Telefon 030-25 45 09-15

Fax 030-261 30 02

e-mail: topographie@t-online.de



Redaktion: Thomas Lutz

Layout und Satz: Peter Nowick

Umschlaggestaltung: Kurt Blank-Markard

Lithographie: Blank & Reschke, Berlin

Druck: Steidl, Göttingen

Gegründet 1983 von der Aktion Sühnezeichen

Friedensdienste e.V., Berlin